

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Zeilenstraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 5 Pf. Trägerlohn + 0,30 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzgl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Ring Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

# Die Rettung?

## Hindenburg für die Deutschnationalen.

Berlin, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Anfang und am Ende der Herrlichkeit des Bürgerblods steht ein politischer Brief des Reichspräsidenten Hindenburg. Sein neuestes Werk ist in die krisenhafte Situation, in der die Koalitionsparteien sich gegenseitig mit Auflosungsdrohungen zu blaffen suchen, hineingefallen. Es ist nicht von ungefähr und zum wohlberechneten Zeitpunkt erschienen. So, wie am 20. Januar 1927, als der Reichspräsident in einem Brief an Herrn Marx den Bürgerblod aus der Taufe hob. Der Brief des Reichspräsidenten vom 20. Januar war eine starke PreSSION auf das Zentrum, um es auf die Linie der von den Deutschnationalen und namentlich von der Deutschen Volkspartei gewünschten Bürgerblodpolitik zu führen. Gegen diese PreSSION hat das Zentrum seinerzeit Einspruch erhoben — aber es hat sich gesiegt.

Der Brief des Reichspräsidenten vom 9. Februar 1928 im Augenblick der letzten Verhandlungen um das Schulgesetz ist ebenfalls eine politische PreSSION. Es fragt sich nur, auf wen. Nach seinem Inhalt zu urteilen, könnte es scheinen, daß es sich abermals um eine PreSSION auf die Zentrumsfraktion handelt — diesmal allerdings nicht nach den Wünschen des Herrn Scholz, sondern nach den Wünschen jener Politiker, die eine unbeschreiblich quälende Angst vor einem nahen Wahltermin haben und deshalb die Auflösung des Reichstages und den formellen Verfall der Koalition so lange wie möglich hinausziehen möchten. In Wahrheit enthält dieser Brief aber vor allem einen starken Druck auf die Deutsche Volkspartei.

### Die Verhandlungen über ein Schulgesetz-Kompromiß sind noch nicht endgültig abgebrochen.

Im Zentrum und bei den Deutschnationalen hat man eine letzte Hoffnung, daß die Volkspartei vor dem Odium zurückzureden werde, Koalition und Parlament gesprengt zu haben. Der Brief des Reichspräsidenten soll der Deutschen Volkspartei den Umfall erleichtern. Hindenburg will es — das soll die Eisensbrücke sein, die von der Volkspartei betreten werden soll.

Eine Ironie der Geschichte: am Anfang des Bürgerblods eine PreSSION des Präsidenten nach dem Wunsch der Volkspartei auf das Zentrum, am Ende des Bürgerblods ein politischer Druck Hindenburgs auf die Volkspartei.

Im Grunde genommen aber stehen hinter dem Brief vom Januar 1927, wie dem Brief vom Februar 1928 die gleichen Kräfte:

### Der deutschnationale Einfluß auf den Reichspräsidenten.

Damals war das Ziel, die Deutschnationalen in die Regierung zu bringen, heute ist das Ziel, die Deutschnationalen nach einige Monate in der Regierung zu halten. Jetzt gewonnen, alles gewonnen, und vielleicht auch noch jene agrarpolitischen Forderungen der Deutschnationalen, die bei einer sehr raschen Auflösung des Reichstages ins Wasser fallen könnten.

Wenn Herr Hergt oder Herr Westarp in der Stellung des Reichspräsidenten wären, so hätten sie, getrieben von der Wahnung der Deutschnationalen, den Brief des Reichspräsidenten kaum anders und zu anderem Zeitpunkt formulieren können: Hindenburg, der „Retter“ für die Deutschnationalen, der „Retter“ vor dem Ende der Herrlichkeit, vor der vernichtenden Wahlniederlage — und sei es auch nur der „Retter“ auf Zeit.

Dieser Brief des Reichspräsidenten ist nicht nur staatsrechtlich außergewöhnlich, sondern auch außerhalb des Rahmens seiner Bestimmung. Es ist wieder einmal ein Uebergriff des Reichspräsidenten, gegen den mit aller Energie protestiert werden muß. Er entspricht den Wünschen der Deutschnationalen, die sie für eine künftige Stellung des Reichspräsidenten vorzuziehen haben. Störung der Machtstellung des Präsidenten, weitgehendes Bestimmungsrecht gegenüber den Parlamenten und den Parteien, aber, versteht sich, in der Richtung und nach den Wünschen der Deutschnationalen!

Dieser politische Akt wird das Ende der Koalition und des Reichstages vielleicht etwas verzögern, aber nicht aufhalten. Die deutschnationalen Herren, die diesen Brief gewünscht haben und an ihn Hoffnungen knüpfen, werden nur zu bald erfahren, daß er gegen sie ausschlägt: als ein Dokument deutschnationaler Wahnung und schlechten Gewissens. Die erwartete „Rettung“ bringt er ihnen nicht — trotz ihres „Retters“!

### Der Wortlaut des Briefes.

Der von dem Reichspräsidenten zur „Rettung“ der Deutschnationalen vor einer baldigen Pleite an den Reichstagskanzler gerichtete Brief hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichstagskanzler! Die Nachrichten über tiefergehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichstagskanzler, zu bitten, nichts unversucht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrise und ihre politischen Folgen zu vermeiden. Der Reichstag hat zurzeit dringende und bedeutende Aufgaben zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und dem Liquidationshaushalt, die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Maßnahmen zu beschließen, und es hat auch die Strafrechtsreform...

wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unlösbare Regierungskrise und eine Auflösung des Reichstages notwendig würde.

Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien diesen meine Besorgnis mitzuteilen und appelliere an alle beteiligten Herren und Fraktionen dahin zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parlamentarischen Aufgaben gelöst und etwaige unlösbare Differenzen in der Schulfrage bis nach Erledigung dieser Arbeiten vertagt werden. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Wertschätzung bin ich Ihr sehr ergebenster

### Der Korporal hat kommandiert, die politischen Rekruten laufen marsch, marsch.

Berlin, 10. Februar. (Eig. Bericht.)

Am Freitag sollte nach den Ankündigungen der Regierungspresse in interfraktioneller Ausschüß der Koalitionsparteien des Reichstages die „endgültige“ Entscheidung über die Zukunft des Reichsschulgesetzes der Bürgerblodregierung fallen. Man hat auch getagt und 2 Stunden beisammen gesessen — aber ohne „endgültige“ Entscheidung. Warum auch so eilig? Der Hindenburgbrief hat inzwischen seine Wirkung getan: Die Deutschnationalen sind etwas beruhigt und die Volkspartei steht bereit zum Umfall.

Am Sonntag tritt ihr Schulausschüß zusammen. Er soll „entscheiden“ und darüber Klarheit schaffen, ob die bisher so „geheiligten liberalen Grundzüge“ dem Bürgerblod zuliebe geopfert werden sollen oder nicht. Zwei Vorschläge zur Lösung der strittigen Fragen werden ihm vorliegen. Am Montag soll sich dann der interfraktionelle Ausschüß nochmals mit der Lage befassen. Wird der Umfall der Volkspartei bis dahin vollzogen sein?

In den interfraktionellen Verhandlungen nahmen von der Reichsregierung Vizeminister Hergt, Reichsinnenminister von Reudell und Staatssekretär Pander teil. Von den Regierungsparteien waren erschienen Graf Westarp, die Abgeordneten Schüke-Frankfurt, Trepinarius von den Deutschnationalen; v. Guérard, Rheinländer vom Zentrum, Kunkel von der Deutschen Volkspartei und Leitz und Franz Lang-Brumann von der Bayerischen Volkspartei.

Im Verlauf der Verhandlungen wurden von dem Reichsinnenminister zwei Kompromißvorschläge unterbreitet, die am Sonntag dem Reichsschulausschüß der Volkspartei in Gesetzesform vorgelegt werden sollen. Es handelt sich um Vorschläge, die schon in den letzten Tagen eine gewisse Rolle gespielt haben und bisher von der Volkspartei als „unaannehmbar“ abgelehnt wurden.

# Gegen das Wohnungselend.

## Gegen die Wucherpolitik der Wirtschaftspartei, der Volkspartei und des Zentrums.

Berlin, 10. Februar. Auf der Tagesordnung des Reichstags steht zunächst die zweite Lesung der Novelle zum Reichsmietengesetz. Nach den Ausschüßbeschlüssen soll das Gesetz künftig nicht gelten für neue Mietverträge über Geschäftsräume und Wohnungen mit mindestens sechs Zimmern. Die Novelle soll am 16. Februar in Kraft treten. Das Gesetz selbst in der geänderten Form soll bis zum 31. März 1930 gelten.

### Zug. Kuhnt (Soz.)

begründet einige Abänderungsanträge der Sozialdemokratie. Er weist darauf hin, daß die Regierung bei der Erhöhung der gesetzlichen Mieten auf 120 Prozent behauptet hatte, es würden in absehbarer Zeit keine weiteren Mietssteigerungen mehr vorgenommen werden. Es hat Empörung in deutschen Volk erregt, als bald darauf bekannt wurde, daß doch noch eine Weitererhöhung um 20 bis 40 Prozent erfolgen soll. Das wurde zwar wieder abgelehnt, wahrscheinlich aus Angst vor den bevorstehenden Reichstagswahlen. Aber vor wenigen Wochen hat das Reichsarbeitsministerium eine neue Denkschrift herausgegeben, in der sich der Sach findet, es müsse immer wieder die Frage aufgeworfen werden, ob nicht eine weitere Erhöhung der gesetzlichen Mieten notwendig sei. (Hört, hört, bei den Soz.) Auf der einen Seite wird also erklärt, es gebe keine weitere Mietssteigerung, auf der anderen Seite sollen aber den Haus- und Grundbesitzern neue Millionen zugewandt werden. Das ist eine unerhörte Bevorzugung der Hausbesitzer und der Besitzer von Grund und Boden.

Die Sozialdemokratie wird demgegenüber im Stenogramm den Antrag stellen, die Miete wieder auf 100 Prozent der Friedensmiete herabzusetzen und die Hauszinssteuer auf die Förderung von Wohnungsneubauten zu verwenden.

Dem Antrag der Forderung der Wohnungswirtschaft muß endlich Einhalt getan werden.

Tausende und Abertausende von Gewerbetreibenden sind durch die bisherige Forderung der Forderungspartei verordnungen bereits in das arbeitslose Proletariat gedrängt worden. Hier herrscht ein furchtbares Elend, unzählige Gewerbetreibende verfluchen die Forderung der Wohnungswirtschaft. Im Gegensatz dazu gehen die Forderungen der Wirtschaftspartei dahin, den Mieterschutz aufzuheben. Kennzeichnend ist, was ein Regierungsvertreter im Ausschüß dazu erklärt hat:

Wenn die Anträge der Wirtschaftspartei angenommen und durchgeführt werden sollten, dann würde es in Deutschland zu Nord und Süd Schlag kommen

(Hört, hört! bei den Soz.) Wenn wir uns gegen diese Gewinnlust wenden, so meinen wir den organisierten Hausbesitz und nicht die kleineren Hausbesitzer, die ein ganz anderes Interesse haben und die die Wirtschaftspartei gern vor ihren Wagen spannen möchte. Wir werden diese kleinen Hausbesitzer aufklären und ihnen zeigen, zu welchen reaktiven Zwecken sie von der Wirtschaftspartei mißbraucht werden sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zeugt von einem ganzlichen Mangel an sozialem Verantwortungsgesühl. Sie hat in einem Antrag verlangt, daß das Mietengesetz außer Kraft gesetzt werden solle. Dieser Antrag muß in seinen Konsequenzen genau wirken. Er würde dann ein Zustand eintreten, bei dem hunderte Familien überhaupt kein Obdach mehr finden. Es würde noch schlimmer werden als es jetzt schon ist, wo solche Familien von der Polizei untergebracht werden müssen. Wenn bei der Deutschen Volkspartei auch nur ein wenig sozialem Empfinden herrschte, so würde sie sich gegen diesen Antrag zu stellen. Eigenartig ist auch

die Stellung des Zentrums. Im Jahre 1922 hat der Zentrumsabgeordnete Schladt erklärt, daß man in der heutigen Zeit den absoluten Eigentumsbegriff nicht mehr aufrecht erhalten kann. Jetzt aber lagte der Zentrumsabgeordnete Treumel, daß das Eigentumsrecht in härteren Verordnungen bereits in das arbeitslose Proletariat gedrängt worden. Hier herrscht ein furchtbares Elend, unzählige Gewerbetreibende verfluchen die Forderung der Wohnungswirtschaft. Im Gegensatz dazu gehen die Forderungen der Wirtschaftspartei dahin, den Mieterschutz aufzuheben. Kennzeichnend ist, was ein Regierungsvertreter im Ausschüß dazu erklärt hat:

Wenn die Anträge der Wirtschaftspartei angenommen und durchgeführt werden sollten, dann würde es in Deutschland zu Nord und Süd Schlag kommen

(Hört, hört! bei den Soz.) Wenn wir uns gegen diese Gewinnlust wenden, so meinen wir den organisierten Hausbesitz und nicht die kleineren Hausbesitzer, die ein ganz anderes Interesse haben und die die Wirtschaftspartei gern vor ihren Wagen spannen möchte. Wir werden diese kleinen Hausbesitzer aufklären und ihnen zeigen, zu welchen reaktiven Zwecken sie von der Wirtschaftspartei mißbraucht werden sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zeugt von einem ganzlichen Mangel an sozialem Verantwortungsgesühl. Sie hat in einem Antrag verlangt, daß das Mietengesetz außer Kraft gesetzt werden solle. Dieser Antrag muß in seinen Konsequenzen genau wirken. Er würde dann ein Zustand eintreten, bei dem hunderte Familien überhaupt kein Obdach mehr finden. Es würde noch schlimmer werden als es jetzt schon ist, wo solche Familien von der Polizei untergebracht werden müssen. Wenn bei der Deutschen Volkspartei auch nur ein wenig sozialem Empfinden herrschte, so würde sie sich gegen diesen Antrag zu stellen. Eigenartig ist auch

die Stellung des Zentrums. Im Jahre 1922 hat der Zentrumsabgeordnete Schladt erklärt, daß man in der heutigen Zeit den absoluten Eigentumsbegriff nicht mehr aufrecht erhalten kann. Jetzt aber lagte der Zentrumsabgeordnete Treumel, daß das Eigentumsrecht in härteren Verordnungen bereits in das arbeitslose Proletariat gedrängt worden. Hier herrscht ein furchtbares Elend, unzählige Gewerbetreibende verfluchen die Forderung der Wohnungswirtschaft. Im Gegensatz dazu gehen die Forderungen der Wirtschaftspartei dahin, den Mieterschutz aufzuheben. Kennzeichnend ist, was ein Regierungsvertreter im Ausschüß dazu erklärt hat:

Wenn die Anträge der Wirtschaftspartei angenommen und durchgeführt werden sollten, dann würde es in Deutschland zu Nord und Süd Schlag kommen

(Hört, hört! bei den Soz.) Wenn wir uns gegen diese Gewinnlust wenden, so meinen wir den organisierten Hausbesitz und nicht die kleineren Hausbesitzer, die ein ganz anderes Interesse haben und die die Wirtschaftspartei gern vor ihren Wagen spannen möchte. Wir werden diese kleinen Hausbesitzer aufklären und ihnen zeigen, zu welchen reaktiven Zwecken sie von der Wirtschaftspartei mißbraucht werden sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zeugt von einem ganzlichen Mangel an sozialem Verantwortungsgesühl. Sie hat in einem Antrag verlangt, daß das Mietengesetz außer Kraft gesetzt werden solle. Dieser Antrag muß in seinen Konsequenzen genau wirken. Er würde dann ein Zustand eintreten, bei dem hunderte Familien überhaupt kein Obdach mehr finden. Es würde noch schlimmer werden als es jetzt schon ist, wo solche Familien von der Polizei untergebracht werden müssen. Wenn bei der Deutschen Volkspartei auch nur ein wenig sozialem Empfinden herrschte, so würde sie sich gegen diesen Antrag zu stellen. Eigenartig ist auch







# Groener stellt sich vor.

Er hält eine schöne Rede — wie werden die Zeiten sein?

Bei der Beratung des Wehrelats im Haushaltsauschuss des Reichstages beginnt der Reichswehrminister seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß er eine „programmatische Erklärung“ noch nicht abgeben könne. Er beschränkt sich deshalb im großen und ganzen auf Ausführungen über die Art und Weise und die in kritischen Tagesprobleme. Dem Staat und seinen Symbolen soll der Reichswehrdienst größte Achtung erweisen. Wer es nicht tut, soll verschwinden. Auch Gehälter hat oft — vielleicht zu oft — derartige Verschönerungen abzugeben. Was aber ist geworden? Achtung und Ehrerbietung vor Schwarz-Rot-Gold kennt die Reichswehr immer noch nicht. Mit Worten allein kann man das nun einmal bestehende Mißtrauen gegen die Reichswehr nicht beheben. Das gilt auch für die gefragten Ausführungen des Reichswehrministers.

Im einzelnen führte der Reichswehrminister aus: Ein Einblick in das innere Wesen der Wehrmacht war mir bisher verweigert. Ich kann also kaum eine programmatische Erklärung abgeben. Die Wehrmacht der deutschen Republik ist etwas anderes als die des Kaiserreiches. Sie steht unter dem Vertrag von Versailles und ist gefesselt, wie das für einen souveränen Staat unerträglich ist. Aber zunächst sind wir an diese Bestimmungen gebunden. Nichts ist dem Soldaten wichtiger, als im Innern gewissermaßen mit Selbstaufgaben beauftragt zu werden. Aber auch dazu muß die Reichswehr jederzeit bereit sein. Ihr bloßes Vorhandensein muß Sicherheit dafür geben, daß niemand es wagt, an Unruhe zu denken. Die Reichswehr kann nichts anderes sein als ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung. Jeder einzelne Soldat muß ein treu zuverlässiger Staatsdiener sein. So wollen wir Vertrauen, Achtung und Verehrung wecker. Dem Staat und seinen Symbolen wollen wir die größte Achtung und Ehrerbietung erweisen, und ich werde nicht dulden, daß gegen diese Selbstverständlichkeit verstoßen wird. Wer gegen sie verstößt, gehört nicht in die Reichswehr. Die Reichswehr kann nicht im Sinn einer Partei, sondern nur im Sinne des Staates geführt werden. Wir brauchen in der Armeekorps mit politischem Verständnis und Männer von politischem Takt. Richtiger Takt ist mehr wert als Gehorsam. Wird gegen den Takt verstoßen, so werde ich dafür sorgen, daß man ihn lernt. Um Kritik bitten wir, nur möge sie in der Absicht erfolgen, uns zu helfen und Mängel abzuhelfen. Bei der Hochwasserkatastrophe haben sich alle Verbände von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken in voller Disziplin der Reichswehr unterstellt. Das weist Hoffnungen für die Zukunft. Wir haben den Wunsch, aus der politischen Drednau herauszukommen und im Stillen zu arbeiten. Heute kommt es mehr auf die geistige Erziehung an, als auf den Drill.

In bezug auf die Bewaffnung sind wir unerträglich gefesselt. Im Rahmen des Zugelassenen ist es unsere Pflicht dafür zu sorgen, daß wir das Beste haben. Die Frage der Versorgung macht mir die größte Sorge. Wird sie nicht gut gelöst, dann bleibt die Rückwirkung auf den Ertrag nicht aus. Das Kapitel der Selbstmorde habe ich mit dem Generaloberstabsarzt besprochen und ihn gefragt, ob hier ein Symptom für eine Schwäche unserer Organisation vorliege. Der Generaloberstabsarzt ist nicht dieser Meinung. Die Selbstmorde sind eine Erscheinung der Nachkriegszeit. Die Selbstmorde sind bezeichnend zurückgegangen. In keinem Fall ist als Ursache falsche Behandlung durch Vorgesetzte festgestellt worden (?) Im übrigen bedarf diese Frage der größten Fürsorge. Man sagt, die Reichswehr führe ein Eigenleben, betreibe eine eigene Kunst, Wirtschaft und Finanzpolitik. Dazu besteht nirgends die Absicht. Die Reichswehr kann nur Mittel für den Staat, nie Selbstzweck sein. In absoluter Loyalität muß sie dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stehen.

Dem Herrn Außenminister gegenüber habe ich mich dahin gebunden, daß keine Störung der amtlichen Außenpolitik durch unsere Tätigkeit erfolgen darf. Was die Rhodus-Angelegenheit

betrifft, so ist der falsche Eindruck entstanden, als ob die Reichswehr in wirtschaftlichen Dingen einen besonderen Ehrgeiz entwickeln wolle. Von mir wird aber alles geschehen, um das zu verhindern. Ich bin ein Feind aller illegalen Selbsthandlungen und habe das auch den Kommandeuren gesagt. Es ist höchste Zeit, damit Schluss zu machen.

Der Besuch des Prinzen Heinrich an Bord eines Kriegsschiffes hat ihn nicht besonders aufgeregt, obwohl er unerwartet lassen muß, ob in allen Einzelheiten richtig vorgegangen worden ist. In den Offizierskasinos der Reichswehr werde er irgendwelchen Widerpruch gegen die bestehende Staatsordnung nicht dulden; gegen Verstöße werde er einschreiten. In bezug auf die fester Waffensicherung sagte der Minister wörtlich: „Es ist eine gewöhnliche, gemeine Schießerei, die vor dem Staatsanwalt gehört. Ich wünsche, daß alle gemeinen Kerle, die beteiligt sind, rüchsigst bestraft werden. Sollte sich herausstellen, daß ein Reichswehrangehöriger beteiligt ist, so fliegt er in weitem Bogen hinaus. (Zuruf: Wohin? — Heiterkeit.) Den Strafantrag gegen das „Berliner Tageblatt“ billige ich; durch ihn wird Klärung geschaffen. Die beschuldigten Offiziere haben ehrenvoll versichert, daß sie nichts mit der Angelegenheit zu tun haben.“

Im Verlauf der Debatte äußerte der Reichswehrminister sich u. a. auch über die Rhodus-Angelegenheit, indem er ausführte: „Der Kapitän Lohmann war mit der Verwaltung der Sondermittel betraut, die der Marine aus türkischen Zeiten geblieben waren. Als Sohn eines Direktors des Norddeutschen Lloyd, schien er für eine rationelle Verwaltung alle Gewähr zu bieten. Bei Verhandlungen über die Auslieferung der Handelschiffe, die Auflösung der Blockade, den Seetransport von Kriegsgeschützen hatte er sich außerordentlich bewährt. Lohmann sah, daß die Regierungen anderer Länder in steigendem Maße den Film als Propagandamittel benutzten. Da in Deutschland eine entsprechende Stelle fehlte, beteiligte er sich an einer deutschen Filmgesellschaft. Lohmann hat das streng geheim gehalten, weil er seine Vorgesetzten nicht mit der Mitteilung und Mitverantwortung belasten wollte. Daraus erklären sich die ersten Dementis, die gutgläubig waren.“

Der Minister schildert dann die bekannten Schwierigkeiten des Rhodus und die zweimaligen Hilfsaktionen, von denen die erste im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium erfolgte, während von der zweiten die Vorgesetzten keine Kenntnis erhielten. Die Untersuchung hätte ergeben, daß Lohmann zwar durch Ueberziehung seiner dienstlichen Bewusstseins dem Reichsiskus schweren Schaden zugefügt habe, was für er auch entlassen worden sei, daß er aber keine unlauteren oder eigenmächtigen Motive gehabt hätte.

Als erster Diskussionsredner führte der sozialdemokratische Abgeordnete Künstler aus, daß der Reichswehrminister Groener ein trauriges und schweres Erbe übernommen habe. In seiner Antrittsrede habe er für die Aufgaben der Reichswehr und ihre Stellung zum Staat bzw. seinen Symbolen schöne Worte gesprochen. Bei aller Loyalität gegenüber dem Minister werde er es aber der Sozialdemokratie nicht verbieten können, wenn sie seinen Versicherungen zunächst mit starker Zurückhaltung begegne. Künstler wies dann u. a. noch auf die Unzulänglichkeit des jetzt bestehenden Finanzetat hin und begründete dann im Namen der Sozialdemokratie folgende Entschlieung: „Die großen finanziellen Schwierigkeiten von Reich, Ländern und Gemeinden, die im Jahre 1928 erheblich steigenden Reparationslasten zwingen zur äußersten Sparsamkeit auf allen Gebieten. Um eine Gefährdung wichtiger sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen von Reich, Ländern und Gemeinden zu verhüten, wird die Reichsregierung ersucht, im Etat des Reichsfinanzministeriums für das Rechnungsjahr 1929 die Ausgaben so zu beschränken, daß der Zuschußbedarf 500 Millionen Mark nicht übersteigt. Rechtzeitig ist daher für eine sparsame Verwendung der Restmittel und für einen allmählichen Abbau der Ausgaben zu sorgen.“

In seiner Erklärung wies Künstler abschließend darauf hin, daß ein Abbau der Ausgaben bei den Posten für die Beschäftigung, die Bekleidung und Bekleidung der Mannschaften natürlich nicht eintreten dürfe.

## Weiterberatung des Wohlfahrtssetats.

Im preussischen Landtag. Berlin, 10. Februar. (Eig. Bericht.) In der Freitagssitzung des preussischen Landtags beantragte der Abg. Haake (Nation.), sofort über seinen Antrag auf Aufhebung des Verbotes einzelner Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu verhandeln. Als der Redner die Gründe der Auffassung zu erörtern beginnt, wird er vom Präsidenten wiederholt ermahnt, lediglich zur Geschäftsordnung zu sprechen. Er fährt aber in seinen Ausführungen zur Sache fort. Präsident Bartels: Herr Abg. Haake, da Sie sich meinen Anordnungen nicht fügen, entziehe ich Ihnen das Wort. Abg. Haake verfuhr unter großer Unruhe weiterzusprechen und beschwerte sich über den Terror des Präsidenten. Präsident Bartels: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen das Wort entzogen. Sie sprechen trotzdem weiter. Wegen größtlicher Verletzung der Ordnung des Hauses schließe ich Sie für die Dauer der heutigen Sitzung aus. (Beifall links und in der Mitte!) Abg. Haake verläßt die Tribüne und den Sitzungssaal. Hierauf legt der Landtag die zweite

## Beratung des Wohlfahrtssetats.

Abteilung Gesundheitswesen fort. Frau Dr. Kaehner (Dem.): Die Leistungen des Staates auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege sind zweifellos sehr unzureichend, aber immerhin leistet die verarmte Republik Preußen mehr als das alte Königtum. Es folgen die Bestimmungen zur Stat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Ein Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle wird mit 7 Stimmen Mehrheit gegen die gesamte Linke und einen Teil des Zentrums abgelehnt. Die Forderung, das Einfuhrschweinefleisch auf Schweine auszuweichen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Der grundsätzliche sozialdemokratische Antrag, allen Großgrundbesitz über 750 Hektar zu enteignen, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Dagegen wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Befreiung der schwarzen Listen mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten angenommen. Ein Antrag, das Bewilligungsverfahren für die Einwanderung ausländischer Landarbeiter zu vereinfachen, also die Mehrereinwanderung zu erleichtern, wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Hierauf wird die Beratung des Wohlfahrtssetats fortgesetzt.

Abg. Frau Hanna (Soz.): Die Notwendigkeit der Gewerbehygiene wird zu unserer Freude jetzt auch von den bürgerlichen Parteien nicht mehr bestritten. Hier im Hause sind unsere Anträge auf Vermehrung der Zahl der Landesgewerbeärzte und Bereitstellung der notwendigen Hilfskräfte zwar angenommen worden, aber Aufnahme in den Haushaltsplan haben sie auch für 1928 nicht gefunden. Der wiederholt ausgesprochene klare Wille des Landtages, ist von der Regierung nicht berücksichtigt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben deshalb vom vorliegenden Etat einen Änderungsantrag gestellt, der drei neue Landesgewerbeärzte und das notwendige Hilfspersonal in den Etat einsetzt. Zur Bekämpfung der großen Berufsgeschaden hat ganz Preußen nur 5 Landesgewerbeärzte. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese sollen nun die Art der Gesundheitsgefährdung feststellen, ihre Ursache ermitteln und Vorschläge zu ihrer Beseitigung machen. Von den gewöhnlichen Kasernenärzten können wir auf diesem Gebiete leider wenig erwarten, da wir in Preußen keinen einzigen gewerbehygienischen Lehrstuhl haben. Darum können wir zum Beispiel auch nicht eine Erhöhung der Zahl der Landesgewerbeärzte um 10 beantragen, weil dafür gar nicht genügend gewerbehygienisch geschulte Ärzte zur Verfügung stehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Darum fordern wir auch die Einstellung einer Anzahl von Assistenten zur Heranziehung eines Nachwuchses für Gewerbeärzte. Das Wohlfahrtsministerium hat in diesem Jahre zum ersten Mal deutlich ausgesprochen, daß es auch seinerseits den Ausbau der Gewerbehygiene für dringend notwendig hält. Der Widerstand liegt also lediglich im Finanzministerium. Wir halten unseren Antrag auf Vermehrung der Zahl der Landesgewerbeärzte für so dringend, daß wir alle weiteren Forderungen für dieses Jahr zurückgestellt haben. Wir bitten aber alle Parteien, diese eine Forderung, die wir aufgestellt haben, zu unterstützen und beim Finanzministerium durchzusetzen. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Abg. Heim (Dnal.) fordert Ausbildungsstellen für die Kriegserkrankten. — Abg. Frau Heßberger (Str.): Die Erberhaltungsfällen förderten den Geburtenrückgang. — Abg. Streiter (D. Sp.) fordert ein Reichsgesetz für die Krankenpflege.

Abg. Frau Ege (Soz.): Der Abgeordnete Pastor Kalle will gerade am Wohlfahrtssetat noch streichen. Und dabei redet er immerzu von sittlichen Verantwortungsgefühl! Daß unsere Erberhaltungsfälle der Auffklärung und nicht der Abtreibung dienen sollen, wollte Frau Heßberger endlich begriffen haben. Die Vorwürfe gegen die Zahnärztinnen der Krankenhäuser sind völlig unbegründet, die Behandlung ist hart korrekter und individueller als sonst in der Kassenpraxis. Von der Güte dieser Kliniken legt ja auch ihre dauernde Ueberfüllung Zeugnis ab. Besonders dringend empfehlen wir zur Annahme unseren Antrag zugunsten der Kinderheime. Viele arbeitslosen Familien sind heute gar nicht in der Lage, ihre schulpflichtigen Kinder zu ernähren, besonders der dieser allgemeinen

Teuerung um mindestens 20 Prozent. Unser Antrag, daß die schwächeren Versicherter 8 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit bei Fortzahlung des vollen Lohnes einstellen können, würde einen Mehraufwand der Krankenkassen von jährlich rund zwölf Millionen bei einer Gesamtausgabe von 1 1/2 Milliarden jährlich erfordern. Das bedeute eine Mehrbelastung mit 1,2 Pfennig pro Kopf der Versicherten in der Woche, aber einen großen, sozialen Fortschritt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Wohlfahrtsministerium sollte endlich eingreifen, damit unter Vertrauen zu seinen Absichten nicht erschüttert wird. (Bravo! bei den Soz.) Nach einigen weiteren Rednern wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 10 Uhr, vertagt.

## Die Nationalsozialisten wie sie wirklich sind.

Eine große nationalsozialistische Erpresserbande vor Gericht. Ein stinkender „nationaler“ Sumpf ist in Nürnberg aufgedeckt worden. Unter der Anklage der Erpressung in 20 Fällen stehen bekannte „nationale“ Heiden aus Nürnberg vor den Strafrichtern. Sie bedienen sich der übelsten Methoden des Revolverjournalismus, um Geld zu machen. Zwei Standblattchen, „Die Kanone“ und der „Sherlock Holmes“ wurden als Druckmittel benutzt, um von Leuten, die in ihrem Privatleben Punkte hatten, die man nicht gern öffentlich erörtert sieht, Geld zu erpressen. Der Macher der „Kanone“ war ein gewisser Ferdinand Bürger, ein Freund des berühmten Julius Streicher, schwer vorbestraft und Hauptkeld bei den Nationalsozialisten, der Herausgeber des „Sherlock Holmes“ dagegen ein Georg Löfel, der eine große Rolle bei den böstischen Spille und ebenfalls schwer vorbestraft ist, u. a. mit zwei Jahren Gefängnis. Sie suchten sich ihre Mitarbeiters in den „nationalen“ Kreisen Nürnbergs und fanden sie auch, teils Nationalsozialisten und teils Völkische, die alle ebenfalls schwer vorbestraft waren. Vor Gericht verteidigten sich diese „nationalen“ Männer damit, daß sie „ideale Zwecke“ verfolgt hätten, nämlich den völkischen Kampf gegen das Judentum. Vielleicht glauben sie damit bei den Nürnberger Richtern Eindruck zu machen, die so viel Nachsicht gegen Streicher und Konsorten bewiesen haben. Es ist nicht von ungefähr, daß diese Pressebanditen sich in Nürnberg breit machen konnten. Die politische Justiz in Nürnberg ließ ihnen den Boden günstig erscheinen.

## Der Staatspräsident ohne Erziehung.

Die württembergischen Demokraten brauchen wegen seines Benehmens jeden Verkehr mit Bagille ab. Stuttgart, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Im Württembergischen Landtag wurde im Verlauf dieser Woche der Etat des Kultusministeriums erörtert. Es kam dabei mehrfach zu sehr stürmischen Auseinandersetzungen. Als Bagille schließlich in die Ecke getrieben war, wurde er gegen den demokratischen Redner Dr. v. Sieber persönlich ausfällig. Die demokratische Fraktion gab daraufhin am Freitag eine Erklärung ab, in der sie gegen die schweren persönlichen Verunglimpfungen ihres Mitgliedes Sieber protestierte und erklärte, daß sie von jetzt ab jeden persönlichen und außerdienstlichen Verkehr mit dem württembergischen Staatspräsidenten ablehnt.

## Schlageters Entlarvung.

Ein nationalsozialistisches Blatt bestätigt jetzt, daß er ein Hochkapler war. Eine allgemeine Nationalistendämmerung ist hereingebrochen. An dem Idealismus der nationalsozialistischen Führer glaubt kein Mensch mehr — und die wenigen wirklichen Idealisten in den Reihen der Rechtsradikalen wenden sich schauernd von ihnen ab. Wer redet heute noch von Schlageter, den einst die Rechtspolitiker gemeinsam mit Karl Rabel zum Nationalhelden machen wollten? „Der Schlageterfall hat ein jähes Ende gefunden. Es steht heute fest, daß Schlageter nicht aus vaterländischem Idealismus gehandelt hat. Er hat bei den Litauern Dienste getan, bei den Litauern, denen die nationalen Deutschen nicht verfallen können, daß sie das deutsche Memelland eroberten. Dann war er eine Zeitlang bezahlter Agent der polnischen Nachrichtenstelle, der polnischen, des neuen Erbes des aller Nationalen. Seine Tätigkeit der Sabotage im Ruhrgebiet hat er begonnen, weil er in Schuldensetze und dafür gut bezahlt wurde.“ Man liest diese vernichtende Charakteristik in einem weit reich verbreiteten Monatsheft „Der Niederjaghe“, Wochenblatt für Deutschland und Heimat.

## Marty erneut verurteilt.

Paris, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der kommunistische Abg. Marty, der kürzlich verhaftet wurde, hatte sich am Freitag vor dem Strafgericht in Loulon wegen einer ganzen Reihe antimilitaristischer Artikel in der kommunistischen Presse zu verantworten. Marty wurde abermals zu zwei Jahren Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Das Gericht erklarte in seinen Ausführungen eine Aufreizung von Matrosen zum Ungehorsam.

## Letzte Nachrichten.

### Bergwerksunglück.

Toronto, 10. Februar. 20 bis 47 Bergleute wurden durch einen in der Hollinger Kalkmine bei Timmins in einer Tiefe von 550 Fuß entstandenen Brand eingeschlossen. Die Leichen wurden bereits geborgen. Rauch und Gase hatten das Rettungswerk auf. Man befürchtet, daß das Feuer noch mehrere Tage anhalten wird.

### Explosionskatastrophe in Massachusetts.

Covert (Massachusetts), 10. Februar. Infolge einer Explosion von Schießapparat bei der Beaton Oil Co. wurden mindestens zehn Personen getötet und über 80 verletzt. Nach der Explosion brach ein Brand aus, der jedoch innerhalb einer Stunde lokalisiert werden konnte. Von hundert in der Nähe der Schießapparate beschäftigten Personen wurden mehrere in die Luft geschleudert.

# Urteil:

„Ich hatte als Gymnasialschüler und als Student an der Universität gar viel an Zahnschmerzen zu leiden, da ich leider von niemanden zu einer zweckmäßigen Behandlung meiner Zähne angeleitet wurde. Es gab in meiner Studienzeit keine Schulärzte und man ging eben nur zu einem Arzte, wenn man die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte. So verlor ich während meiner Studienzeit 2 Mahlzähne und 2 Stodszähne. Da erfuhr ich durch irgend ein Inserat — ich weiß nicht mehr wo — von Chlorodont. Seitdem benütze ich täglich Chlorodont zum Reinigen der Zähne und der Mundhöhle — vielfach zweimal am Tage — und es wäre mir heute unmöglich, Chlorodont entbehren zu müssen. Seitdem ich Chlorodont gebrauchte, hatte ich niemals mehr Zahnschmerzen. Ich habe noch alle Zähne mit Ausnahme der vier, die ich in meiner Jugend verlor. Meine Zähne sind weiß wie Eisenblech und allseits werde ich darum beneidet.“ Professor P. J. L., H. i. T. (Originalbrief bei unserem Netas hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pl. große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1,25 Mk. für Kinder 70 Pl. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1,25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Lassen Sie sich durch ungeliebte Billigere Preise, dafür aber weniger Inhabentien nicht verleiten. Verlangen Sie Chlorodont-Produkte und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.















**Achtung, graphisches Gewerbe!**

Für die Angehörigen des graphischen Gewerbes findet am Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Kristall-Palast“, Klosterstraße, eine Filmvorführung statt. Zur Vorführung gelangen: 1. Der Unfallcicufel; 2. Die Gefahren des Verkehrs. In dieser Vorführung haben alle graphischen Berufsangehörigen freien Zutritt.

**Billige Sonderfahrt nach München.**

Die Preßstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Die Reichsbahndirektion Breslau veranstaltet Freitag, den 17. bis Mittwoch, den 22. Februar, die bereits angekündigte billige Sonderfahrt 4. Klasse nach München. Eine Uebersicht über die in diesen Tagen in München stattfindenden Veranstaltungen — es sei nur auf den Schäfflertag und den Karnevalsanzug hingewiesen — wird bei dem sofort beginnenden Fahrkartenvorverkauf abgegeben. Die Sonderfahrt bietet auch billige Gelegenheiten zum Besuch der Wintersportplätze in Oberbayern.

Fahrplan und Fahrpreise des Sonderzuges:

am 17. Februar	am 22. Februar
16,25 Uhr ab Breslau Hbf. (35,90 Mk.)	an 0,49 Uhr
17,05 Uhr ab Mailisch (31 Mk.)	an 0,01 Uhr
17,34 Uhr ab Diegnitz (33 Mk.)	an 23,38 Uhr
21,20 Uhr ab Bresden N.	an 20,04 Uhr
2,39 Uhr ab Hof	an 14,46 Uhr
6,13 Uhr an Regensburg	an 11,25 Uhr
7,17 Uhr ab Regensburg	an 11,15 Uhr
9,47 Uhr an München	ab 9,10
	am 22. Februar.

**Der Ringerwettbewerb im Firtus Busch.**

Am Donnerstag hatten Kawan und Huhstana eine Begegnung. Kawan besitzt enorme Kraft, die Substanten wiederholt zu fühlen bekam. Zwei Gänge erbrachten aber noch kein Resultat. — Ahrens warf im Anschluß daran seinen Gegner, den Amerikaner Bahn-Samson ganz überraschend schnell. Rechnet man die Zeit von zwei früheren Kampfgängen hinzu, so hat Ahrens im ganzen 25 Min. 30 Sek. gebraucht, um den Amerikaner zu erledigen. Eine beachtliche Leistung für einen erst 24jährigen Ringer! — Zum Schluß bestritten Grifis-Sibirien und Stecker-Warschau einen Entscheidungskampf. Der Russe wandte seine ganze hünenhafte Kraft auf, um den Sieg an sich zu reißen, der Pole erzwies sich jedoch als der Gewandtere. Nach einer Gesamtlampzeit von 1 Stunde 9 Minuten unterlag Grifis infolge eines Ueberrollers. Am Freitag betraten als erstes Kampfsaar Bahn-Samson, Amerika und Grifis, Sibirien die Matte. Obgleich Grifis mehrmals nahe daran war, zu unterliegen, erbrachten zwei Gänge noch kein Ergebnis. — Im darauf folgenden Entscheidungskampf zwischen Ahrens und Stecker blieb letzterer Sieger nach einer Gesamtlampzeit von 52 Minuten 30 Sekunden. — Ein weiterer Entscheidungskampf kam zwischen Stolzenwald und dem Belgier Steurs zum Austrag. Der Belgier leistete sich wiederum respektswidrige Griffe und mußte in eine Ordnungsstrafe von 30 Mark genommen werden. Nach hartem Kampf fiel der Sieg Stolzenwald zu. — Huhstana war am Freitag krankheitsbedingt am Ringen verhindert. Hoffentlich kann er heute Sonnabend und Sonntag an den Endkämpfen teilzunehmen. Die Konkurrenz dürfte am 15. Februar beendet sein.

**Die Angst vor dem Krankenhaus.**

Eine im landwirtschaftlichen Betriebe tätig gewesene Arbeiterin erlitt durch Unfall eine Kopfverletzung, wofür ihr zuerst 10 Prozent Rente zugesprochen wurden. Diese wurde später auf 25 Prozent erhöht. Die Frau stellte nun einen Antrag auf nochmalige Erhöhung wegen Verschlimmerung ihres Leidens. Das Oberversicherungsamt wollte sie zur nochmaligen

Beobachtung einer Heilanstalt überweisen. Die Frau lehnte aber jede Behandlung ab, weil sie sich nicht „in Krankenhäusern wolle schänden lassen“. Daraufhin wurde ihre Berufung zurückgewiesen mit der Begründung, daß die Antragstellerin selbst durch ihre Weigerung, sich in ärztliche Behandlung zu begeben, einen Prozent von 25 für angemessen halte.

**Die juristische Sprechstunde**

findet nächste Woche Dienstag von 4—5 Uhr und Freitag von 3 bis 4 Uhr nachmittags statt. — Eingang: Fräuleinplatz. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abnommentquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

\* Silberhochzeit feiert heute der Gastwirt und Parteigenosse Josef Junke, Jobtenstraße 12, mit seiner Ehefrau. Am 1. März feiert er auch sein fünfundsiebenzigjähriges Gastwirtsjubiläum. Die „Volkswacht“ ist seit dieser Zeit immer in seinem Lokal gewesen. Dieselbe Treue gegenüber Partei und „Volkswacht“ hat auch der Gastwirt Franz Stankl, Bromnigstraße 14, bewahrt, der heute mit seiner Frau Silberhochzeit feiert. Er ist sogar noch länger Leser unseres Blattes und Parteimitglied. Auch der Marmorsteiner Ariur Parisch, Jobtenstraße 12, feiert heute mit seiner Ehefrau Silberhochzeit. Er ist seit 25 Jahren Parteimitglied und Leser der „Volkswacht“. Wir wünschen ihnen allen viel Glück im ferneren Leben!

\* Silberhochzeit feiert heute der Schlosser Karl Fischer, Viktoriastraße 108, mit seiner Ehefrau. Die „Volkswacht“ war immer im Hause. Auch der Partei gehörte Genosse Fischer viele Jahre an. Wir wünschen dem Paar viel Glück.

\* Die Stadtverordneten-Versammlung hält bis auf weiteres keine Sitzungen ab. — Kein Geld, keine Arbeit!

\* Die Wahl des Stadtbauinspektors Behrendt zum befohlenen Stadtrat der Stadt Breslau ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

\* Schlesiener Altertumsverein. Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Vortragssaal des Schlesiener Museums für Kunstgewerbe und Altertümer, Breslau, Graupenstraße 14, Vortragsvortrag von Herrn Dr. Wolfgang Schulz aus Görlitz: Sittengemeinsamkeiten in der germanischen Kunst und Dichtung (Völkerwanderungs- und Wikingerzeit). — Gäste willkommen.

\* Von einem einfahrenden Zuge überfahren. Auf dem Freiburger Bahnhof wurde am Donnerstag kurz vor 23 Uhr der 54 Jahre alte Bahnpolizei-Hilfsbeamte Rudolf Rütlich, Am Rathaus 16 wohnhaft, von einem einfahrenden Zuge erfasst, als er bei Ausübung seines Dienstes die Gleise überkreuzen wollte. Er wurde zu Boden geschleudert und ist unmittelbar darauf an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben.

\* Der Breslauer Bühnen-Klub, e. V., der nunmehr in sein zehntes Geschäftsjahr hineingeht, hielt kürzlich seine qui desuete Hauptversammlung ab, die einen sehr anregenden Verlauf nahm. In den Vorstand wurden Opernsänger Hans Baron als 1. Vorsitzender, Chefredakteur Fritz Ernst Heitauer als Schriftführer, Georg Ollendorff als Schatzmeister, Kapellmeister Karl Wappaus als stellvertretender Vorsitzender und die Herren Sabel, Direktor Korn und Major Schulz als Beisitzer wiedergewählt. Als weitere Mitglieder treten neu in den Vorstand die Herren Franz Unger und Josef Halpern ein.

\* Der 1. Südböhmische wissenschaftliche Kerntag findet am 25. und 26. Februar in Breslau statt. In Fachsektionen der Augenärzte, Psychiatern und Neurologen, der Chirurgen und der Dermatologen werden eine große Anzahl krankhafter Erscheinungen in Vorträgen behandelt. Zugleich tagt auch die Südböhmische Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie, die Vereinigung Südböhmischer Hals-, Nasen- und Ohrenärzte und die Südböhmische Tuberkulosegesellschaft. Man erwartet auch zahlreiche Gäste aus größerer Ferne und aus dem Auslande.

\* Breslauer Volksbühne. Zu dem Volksstämmlichen Orchesterkonzert des Schlesiener Landesorchesters am Montag, den 13. dieses Monats, unter Leitung von

Kapellmeister Hermann Behr, für das als Solistin Gisela Springer-Berlin gewonnen ist, die das Klavierkonzert Nr. 4 in G-dur von Beethoven spielen wird und bei dem das Orchester außer einem Concerto grosso von Händel die Sinfonie Nr. 4 in Es-dur von Anton Bruckner zum Vortrag bringt, erhalten die Mitglieder der Volksbühne in der Gelbfelderstraße 32, sehr ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 1,20 Mark und 1,60 Mark (Kart 2 Mark und 2,50 Mark).

\* Der Maler Professor Johannes Nohahn ist als Lehrer an die hiesige Staatliche Akademie für Kunst und Kunstgewerbe berufen worden.

\* Zweiter Ziehungstag, Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie. Wie uns die Lotterierechnung Lehner, Gräbchener Straße 27, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 20 000 Mark auf Nr. 86 319; 10 000 Mark auf Nr. 1908, 246 566, 348 003; 5000 Mark auf Nr. 21 144; 3000 Mark auf Nr. 72 608, 180 450, 222 843; 2000 Mark auf Nr. 51 462, 92 390, 94 973, 104 524, 115 761, 148 957, 205 663, 207 815, 251 612, 322 681, 387 262; 1000 Mark auf Nr. 179, 1306, 24 018, 26 554, 30 841, 35 096, 47 788, 69 271, 119 633, 180 992, 183 351, 170 735, 173 081, 175 498, 192 324, 231 045, 236 516, 255 245, 264 002, 295 550, 298 085, 300 067, 336 730, 341 770, 342 192, 346 931, 347 819, 336 311, 369 776, 372 173; 500 Mark auf Nr. 901, 5778, 7074, 17 012, 20 255, 30 375, 33 343, 33 969, 35 574, 41 266, 42 403, 46 741, 48 899, 56 751, 57 476, 60 001, 64 195, 70 122, 71 829, 74 661, 77 324, 80 710, 89 554, 93 365, 95 783, 111 435, 118 782, 120 176, 120 426, 122 333, 120 121, 130 895, 133 702, 134 209, 135 769, 135 843, 136 198, 141 440, 154 152, 165 320, 167 892, 170 246, 175 015, 184 973, 185 229, 189 827, 191 074, 192 102, 204 983, 207 106, 225 855, 231 577, 242 890, 244 795, 247 668, 253 144, 254 600, 261 518, 262 790, 265 507, 269 092, 273 269, 274 834, 281 913, 283 545, 286 284, 294 404, 294 437, 305 795, 307 669, 308 056, 316 430, 317 024, 317 681, 321 787, 323 260, 328 635, 329 351, 332 688, 334 017, 340 587, 347 609, 353 503, 354 317, 354 533, 365 019, 368 119, 369 265, 370 709, 372 186.

\* Die Feuerwehr wurde gestern gegen 10 Uhr nach Schiefwerderstraße 12a alarmiert. Hier war in einem Abgastrohr des Schornsteins der Glanzrukanlag eines Räucherofens in Brand geraten. Der Schornstein wurde unter Aufsicht der Feuerwehr ausgebraunt. — Gegen 19 Uhr erfolgte ein Alarm nach Moritzstr. 30; es handelte sich aber nur um blinder Lärm.

\* Unfallfall. In ihrer Wohnung, Friedrich-Wilhelmstr. 67, stürzte vorige Woche die 77 Jahre alte Frau Alexander von einem Stuhlchen und erlitt bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung an deren Folgen sie am Mittwoch gestorben ist.

\* Beim Ueberfahren der Straße umgefahren. Als am Freitag nachmittag die in der Sadowakstraße 49 wohnende Ehefrau Maria Lante die Sadowakstraße überschreiten wollte, wurde sie von einem Radfahrer umgefahren. Sie erlitt blutende Kopfverletzungen und wurde in das Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft.

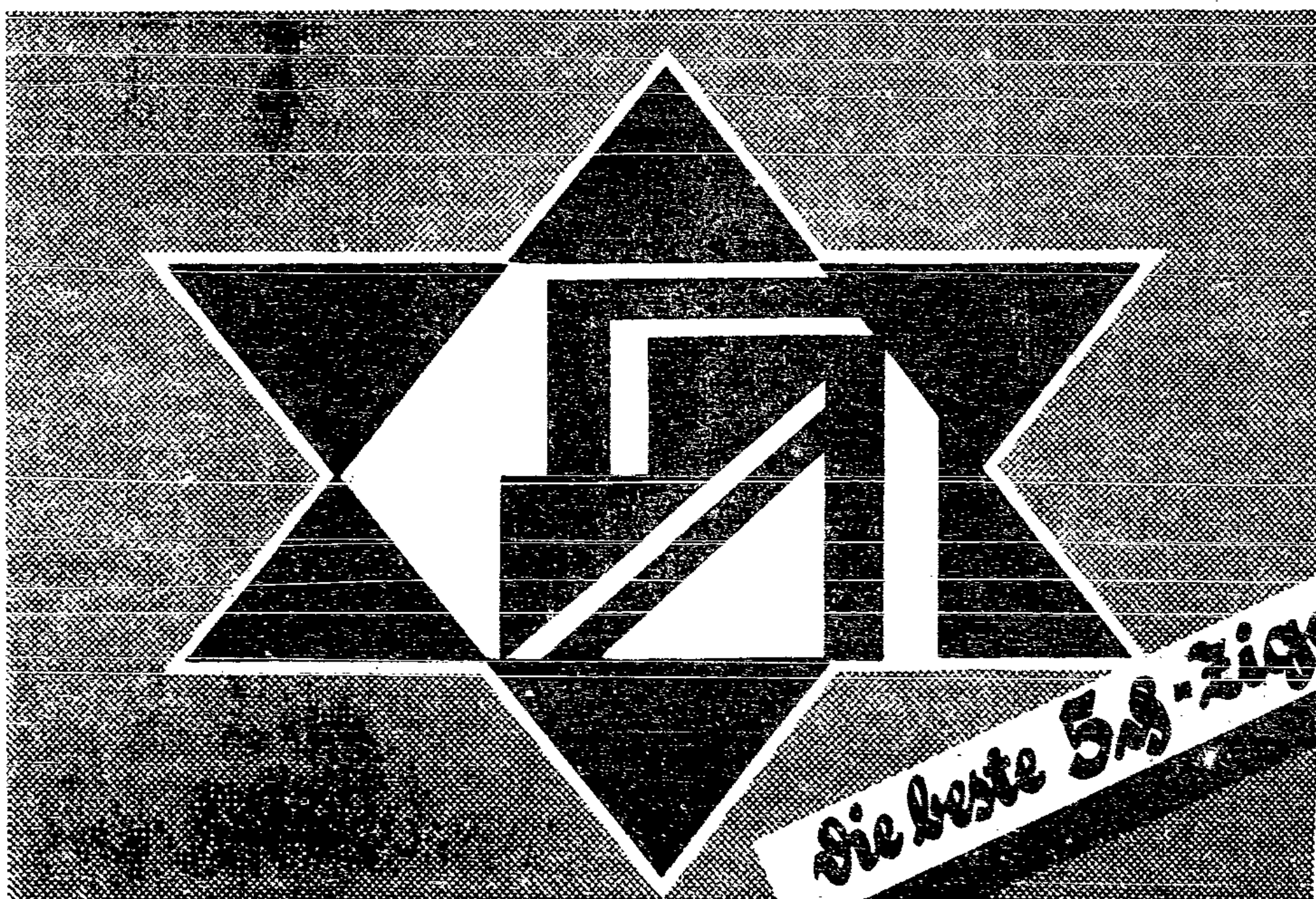
\* Freiwillig in den Tod gegangen ist am Freitag vormittag ein 30 Jahre alter Elektromonteur aus der Schweidnitzer Straße, indem er sich in seiner Wohnung erhängte.

\* Beim Abspringen von der Straßenbahn verunglückt ist am Freitag morgen in der Gräbchener Straße der Dienstmann Hermann Kerschka, Kupferhämdestraße 21 wohnhaft. Er war während der Fahrt abgesprungen, dabei gestürzt und vermachte sich nicht selbst fortzubewegen, sodass er mit einem herbeigerufenen Krankenwagen in das Allerheiligen-Hospital geschafft werden mußte.

\* Bei einem Einbruch in die Kantine der Firma Hermann, Klein-Mochberner Straße, wurden am Freitag zwischen 17 und 19 Uhr 250 Mark gestohlen.

\* Wieder ein Kaninchendiebstahl. In der Nacht zum Freitag wurde wieder eine Laube am Haxfeldwege erbrochen und die darin befindlichen 12 Kaninchen geschlachtet, abgezogen und die Felle gestohlen.

**BULGARIA**



Die beste 500-Zigarette!

**KRONEN**







## Der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie!

Die im Konflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium ergebnislos verlaufenen und auf Sonnabend vertagten Einigungsverhandlungen sind weiter vertagt worden. Sie finden erst Ende nächster Woche statt. Der Kampf geht also in verschärfter Form weiter.

Die Meldung der mit der mitteldeutschen Metallindustrie in enger Verbindung stehenden „Magdeburgischen Zeitung“, wonach in den ersten Tagen der kommenden Woche ein verbindlicher Schiedsspruch gefällt werde, entspricht nicht den Tatsachen. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hält das Reichsarbeitsministerium, da keine der streitenden Parteien die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses beantragt hat, die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens in der jetzigen Situation noch nicht für zweckmäßig.

Die vorzeitige Ankündigung der „Magdeburgischen Zeitung“ über eine gewaltsame Beendigung des Kampfes durch eine Verbindlichkeitsklärung berührt etwas eigenartig. Sie gibt unwillkürlich Anlaß zur Vermutung, daß einem Teil der mitteldeutschen Metallindustriellen ein neuer, schnell für verbindlich erklärter, Schiedsspruch gar nicht unwillkommen wäre. Jedenfalls paßt die Ankündigung der „Magdeburgischen Zeitung“ nur schlecht zu der Drohung mit der Generalausperrung. Ob die Metallindustriellen die angekündigte Generalausperrung über ganz Deutschland wahrnehmen werden, ist im Augenblick noch zweifel-

haft. Daß die Kleinen bei dieser Generalausperrung die Leidtragenden sein werden, liegt klar auf der Hand. Die rheinisch-westfälische Großindustrie weiß, was sie will, wenn sie den Kleinen Unterführungen anbietet. Sie verlängert damit den Stillstand der Betriebe, verhindert die Erledigung der Aufträge und zwingt die mitteldeutsche Metallindustrie einen Teil der gewinnbringenden Geschäftszeit ungenützt verstreichen zu lassen. Am Ende der Generalausperrung wird den Kleinen der Atem ausgegangen sein. Sie sind dann in die Abhängigkeit von den ganz Großen hineingeraten. Die Unterstützung der Großen ist ein Danaergeschenk für die Kleinen. Was von der Hilfe der Großindustrie zu halten ist, haben ja erst vor kurzem die eisenverarbeitenden Fabrikanten erfahren müssen: erst hat man ihnen Hilfe aus der großen Kampflasse in Aussicht gestellt, statt dessen wurden sie jedoch mit einer Erhöhung der Eisenpreise von 2 bis 8 Prozent beglückt. Aber das sind schließlich Dinge, die die Metallindustriellen unter sich abzumachen haben. Für die Metallarbeiter gilt jetzt beim Beginn der zweiten Phase des Kampfes genau das gleiche wie vor 14 Tagen: sie lassen sich durch Drohungen nicht schrecken.

Dienstag und Mittwoch nächster Woche nimmt der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart zu der neuen Situation Stellung. Seine Beschlüsse werden die Stimmung der Streikenden entsprechen. Diese Stimmung ist gut, sie ist sehr gut.

### Um den Achtstundentag in der sächsischen Hüttenindustrie.

Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit für die sächsischen Hüttenbetriebe, der vom Arbeitsgericht Dresden für ungültig erklärt wurde, ist vom Deutschen Metallarbeiterverband angefochten worden, weil er verschiedene Arbeitergruppen zu Mehrarbeit über die 8. Stunde hinaus und zu Sonntagsarbeit verpflichtet, die nach Ansicht des Verbandes auf Grund der Arbeitszeitverordnung vom 11. April 1927 in Verbindung mit der Verordnung über die Arbeitszeit in Stahlwerken vom 16. Juli 1927 und nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie einer Bundesratsverordnung über die Sonntagsarbeit unzulässig ist. Das Arbeitsgericht macht sich in seinem jetzt schriftlich vorliegenden Urteil nicht mit den Argumenten des Metallarbeiterverbandes zu eigen. Es kommt zu der Entscheidung, daß der Schiedsspruch, soweit er die tägliche Mehrarbeit von einer Stunde festlegt, nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoße und besonders durch den Art. der Verbindlichkeitsklärung seitens des Reichsarbeitsministers bindendes Recht für die Tarifparteien geworden sei. Dagegen erklärt das Urteil die Sonntagsarbeit in dem verlangten Maße für ungesetzlich und insoweit den Schiedsspruch für nichtig.

Wenn ein Teil eines Vertrages nichtig ist, ist der gesamte Vertrag nichtig, weil nicht anzunehmen ist, daß der übrige Teil für den Fall, daß der eine ohne Geltung ist, für die Parteien bestehen bleiben soll, da er mehrere zusammenhängende Arbeitsprozesse regelt. Vielmehr ist der Vertrag als ein einheitliches Ganzes zu betrachten, was bei der Ungültigkeit eines Teiles die gesamte Unwirksamkeit der privatrechtlichen Verhältnisse gemäß § 139 BGB. nach sich zieht. Damit ist der Schiedsspruch in allen seinen Teilen unwirksam.

Wahrscheinlich werden die Unternehmer das Urteil durch Berufung beim Landesarbeitsgericht und weiterhin beim Reichsarbeitsgericht anfechten. Dem Reichsarbeitsminister steht nach den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes auch die Befugnis zu, unter Umgehung des Landesarbeitsgerichts eine sofortige, endgültige Entscheidung mittels Sprungrevision durch das Reichsarbeitsgericht herbeiführen zu lassen.

### Gegen Selbstherrlichkeit im Landesarbeitsamt.

Die freigewerkschaftlichen Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes in Chemnitz haben ihre Ämter niedergelegt und die Sitzung demonstrierend verlassen, weil der neue Präsident des Landesarbeitsamtes Dr. Schulze die Rechte des Verwaltungsausschusses nicht beachtet hat. Er hat den Etat für die Monate Februar und März aufgestellt, sowie Anstellungen und organisatorische Veränderungen vorgenommen, sich aber nicht mit dem Verwaltungsausschuß, sondern nur mit dem Vorstand in Verbindung gesetzt. Der Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. hat sich mit dem Vorgehen der Mitglieder des Verwaltungsausschusses einverstanden erklärt. Der ADGB. ist bereit, noch schärfere Kampfmaßnahmen anzuwenden, wenn die Mißachtung des Selbstverwaltungsrechts nicht aufhört.

### Der Deutsche Tabakarbeiterverband.

Zählt jetzt mehr als 70 000 Mitglieder. Die Zustimmung im November des vergangenen Jahres hat die Mitgliederzunahme beträchtlich gesteigert. Der nächste internationale Tabakarbeiterkongress findet am 16. Juni d. Js. in Paris statt. Auf dem Kongress soll die endgültige Beschlußfassung über die obligatorische Unterstützung bei Ausperrungen erfolgen.

### Die mehrtätigen Bergarbeiter vor dem Streik.

Die letzten Lohnverhandlungen zwischen den Industriellen und Bergarbeitern in den mehrtätigen Kohlengebieten sind ebenfalls gescheitert. Infolgedessen haben die Bergleute am Freitag für Montag, den 13. Februar, den Streik proklamiert. Insgesamt werden davon 30 000 Bergarbeiter betroffen. Die sächsische Regierung, die sich bisher um den bestehenden Konflikt nicht gekümmert hat, wird am Sonnabend eine Vermittlungsaktion einleiten. Die Streikproklamation ist trotzdem bereits allen Belegschaften zur Kenntnis gebracht worden.

### Jahressammlung der Breslauer Tabakarbeiter.

Am 6. Februar fand die Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Zunächst hielt Stadtrat Raffert einen längeren Vortrag über die Aufgaben der Kommunen und die Forderungen der Sozialdemokratischen Fraktion. Der Redner erklärte in verbindlicher Weise, mit welchen Schwierigkeiten die Fraktion zu kämpfen hat, da die Arbeiterchaft im Parlament über eine Reform nicht verfügt. Deshalb muß bei den nächsten Stadterwerbungen die Arbeiterchaft einzeln und getrennt dafür eintreten, daß die Zahl anderer Mandate verdoppelt, um damit einen größeren Einfluß zu erreichen. Diese Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die Versammlung wurde durch den sächsischen Bergbauernführer Dr. Schulze geschlossen. Die Tabakarbeiter unserer Jahressammlung werden im Jahr der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

hinter sich. Gerade in der letzten Zeit haben unsere Kollegen in der Zigaretten-Industrie un-erwartet zu leiden, so daß die Organisation mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Trotzdem erhöhten sich die Einnahmen für die Haupt- und Lokal-kasse, so daß wir die Kassenverhältnisse als günstig bezeichnen können. Die Mitgliederzahl stieg von 1200 auf 1400 am Schluß des Berichtsjahres. Auch konnte die Disziplinierung unserer ausgesperrten Kollegen der Zigarettenindustrie außer der staatlichen Unterstützung noch eine Sonderunterstützung aus der Lokalkasse gewähren. Besonders hervorzuheben ist, daß unsere ausgesperrten Kollegen im Kampfe geschlossen gestanden haben und daß durch Vereinbarung im Reichsarbeitsministerium die Arbeitgeber gezwungen wurden, die Ausperrung aufzuheben. In der Zigarettenindustrie konnten wir im verflochtenen Jahre zwei Lohnforderungen mit Erfolg durchführen. Damit wurde erreicht, daß die Löhne der Arbeiterchaft wesentlich verbessert wurden. Auch haben Betriebsräte und Vertrauensleute große Arbeit geleistet, diesen Irgenden wir hierdurch unseren Dank aus. Sodann erfolgte der Kassenerfolg. Es wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung gab zu Kritik keinen Anlaß. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Vom 1. Vorstehenden, Kollegen Nowak, würden die Betriebsräte er-lucht, sich an der Betriebsrätschulung pünktlich und vollzählig zu beteiligen.

Genereller Kollege M. C. L. m. a. w. wie noch am Schluß der Versammlung auf den neuen Tarif in der Zigarettenindustrie hin, der am 1. März in Kraft tritt und wünschte, daß alle Arbeiterinnen und Arbeiter eingehend den Tarif lesen und dafür Sorge tragen, daß am 1. März die festgelegten Löhne restlos in den Betrieben zur Durchführung kommen. Der 1. Vorstehende, Kollege Nowak, schloß die Versammlung mit dem Wahrspruch, daß alle Funktionäre auch in diesem Jahre ihre Pflicht erfüllen und dazu beitragen, die Organisation zu stärken.

## Wirtschaft.

### Was ist mit Polens Agrarkonkurrenz?

Die Widerstände gegen den Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages, die immer noch fortbauern, gehen vor allem von dem Landbund aus, d. h. von der wirtschaftlichen Organisation der Groß-Agrarier. Anknüpfend an die Not der Landwirtschaft in Deutschland, die dabei außerordentlich übertrieben wird, behauptet er, daß die deutsche Landwirtschaft vollständig zugrunde gehen müßte, wenn die deutschen Grenzen nach Polen wieder für die Einfuhr polnischer Agrarprodukte geöffnet würden. Denn es würde sofort, trotz der bestehenden deutschen Einfuhrzölle eine Ueberflutung des deutschen Marktes mit polnischen Agrarprodukten einsehen. Dadurch würde der deutschen Landwirtschaft eine Konkurrenz erwachsen, die die Preise weiter drücken würde, so daß der landwirtschaftliche Betrieb noch weniger rentabel wäre, als er jetzt schon ist.

In dieser Argumentation ist, wie sich bei näherer Prüfung zeigt, ungefähr alles falsch. Zunächst ist es schon nicht richtig, daß der größte Teil der polnischen Ausfuhr in Lebensmitteln und sonstigen Agrarprodukten bestehe. Im Jahre 1924 waren von der Gesamteinfuhr Deutschlands aus Polen nur 15 Prozent Lebensmittel und Getränke, im Jahre 1925 waren es 23 Prozent. Dagegen machten die aus Polen eingeführten Rohstoffe und Halbfabrikate in diesen beiden Jahren über 60 Prozent des Wertes der Gesamteinfuhr Deutschlands aus Polen aus. Damit ist er-wiesen, daß der deutsch-polnische Außenhandel nicht, wie behauptet wird, zum größten Teil Austausch von polnischen Agrarprodukten gegen deutsche Industrieprodukte ist, sondern, daß die Einfuhr von Agrarprodukten aus Polen nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamteinfuhr Deutschlands aus Polen bildet.

Dann ist es aber auch falsch, daß Polen ein Land ist, das außerordentlichen Ueberfluß an Agrarprodukten hervorbringt und darauf angewiesen ist, diesen Ueberfluß aus Ausland ab-zuleiten. Die polnische Lebensmittellieferung weiß aus in Jahren nicht besonders guter Ernte ein Minimum aus, das heißt, nur in diesen Jahren ist keine Ausfuhr an diesen Produkten größer als seine Einfuhr. 1925 z. B. führte Polen 1 223 415 Tonnen Lebens-mittel aus und 854 137 Tonnen ein. 1927 dagegen führte Polen 981 876 Tonnen Lebensmittel aus und 971 198 Tonnen ein. Während also 1926 Polen ungefähr 170 000 Tonnen Lebensmittel mehr ausfuhrte als einfuhrte, führte 1927 Polen 40 000 Tonnen Lebensmittel mehr ein als aus. Im Jahre 1928 war allerdings ein außerordentlich großer Ausfuhrüberfluß an Lebensmitteln in Polen zu bemerken.

Das Bild wird noch deutlicher, wenn man die einzelnen Gruppen der Lebensmittel getrennt betrachtet. Die polnische Roggenausfuhr ist nicht die Folge eines dauernden Ueberflusses der polnischen Roggenproduktion über den Inlandsbedarf an Roggen, sondern nur in Jahren mit sehr guter Ernte ist ein solcher Ueberfluß der ausgeführt werden kann, während vorhanden. 3. B. führte Polen 1923 61 000 Tonnen Roggen aus, 70 000 Tonnen ein, 1924 327 000 Tonnen Roggen aus, 156 000 Tonnen ein. In diesem Jahr war also beim Roggen ein Ausfuhrüberfluß von 161 000 Tonnen vorhanden. Im nächsten Jahr 1925 war dagegen ein Ueberfluß an Roggen vorhanden, nämlich ein Einfuhrüberfluß an Roggen von 145 000 Tonnen. 1926 er-

gab sich dann wieder ein großer Roggenüberfluß. Nimmt man noch hinzu, daß ständig zu beobachten ist, daß Polen un-mittelbar nach der Ernte außerordentliche Mengen von Getreide ausführt, ein halbes Jahr später dann aber wieder große Mengen Getreide einführen muß, so zeigt sich, daß diese Ausfuhr zum großen Teil nichts anderes ist, als Regulierungen der Zahlungsbilanz. Nur bei sehr guten Ernten hat Polen Roggenüberfluß, dann hat aber auch Deutschland einen Roggenüberfluß. In dieser Zeit kann allerdings die polnische Roggenausfuhr der deutschen Landwirtschaft Konkurrenz machen. Dagegen hilft dann aber eine Abschließung der Grenze nichts. Die Konkurrenz wird trotz-dem bestehen bleiben. Da nämlich in diesem Fall beide Länder als Roggenausfuhrländer auftreten, werden sie sich als Kon-kurrenten auf dem Auslandsmarkt treffen und dort einander unterbieten, nicht aber auf den beiderseitigen Inlandsmärkten. Den Auslandsmarkt kann Deutschland den Polen aber nicht verschließen. Gegen einen durch diese Unterstützung hervorgerufenen Preissturz hilft dann auch die Ausperrung der deutschen Grenzen nichts. Es muß nämlich betont werden, daß die Ernterergebnisse in Deutschland und in Polen wegen der unmittelbaren Nachbar-schaft der Länder und ihrer einander sehr ähnlichen klimatischen Verhältnisse in den gleichen Jahren einander ziemlich ähnlich sein werden.

Noch klarer liegt die Sachlage bei der Kartoffel. Polen produziert allerdings in einzelnen Landesteilen einen nicht unerheblichen Ueberfluß an Kartoffeln. Besonders die früheren deutschen Provinzen Polen und Pommern sind solche Kartoffel-ueberflußgebiete. Es zeigt sich aber bei näherem Zusehen, daß der Kartoffelüberfluß dieser Gebiete zum größten Teil im übrigen Polen selbst verbraucht wird und daß nur ein kleiner Teil von ihm nach Deutschland geht. Wie ähnlich einander die Erntergeb-nisse auf diesem Gebiete in beiden Ländern sind, zeigt sich übrigens darin, daß der Erntertrag 1925 in Ostpreußen 125 Doppelzentner pro Hektar, in ganz Polen 123 Doppelzentner pro Hektar betrug. Von der Kartoffelproduktion Polens wurden im Jahre 1924/25 563 000 Tonnen nach dem polnischen Inland und 208 000 Tonnen nach dem Ausland verkauft. Im Jahre 1925/26 681 500 Tonnen nach dem polnischen Inland, 816 000 Tonnen nach dem Ausland. Man kann annehmen, daß in guten Erntejahren in Polen un-gefähr 200 000 Tonnen Kartoffeln Ueberfluß vorhanden ist. Doch schwankt auch dieser Betrag noch sehr nach den Verbrauchsmengen im Inland, wie sich aus den vorher mitgeteilten Zahlen bereits ergibt, indem nämlich 1925/26 120 000 Tonnen Kartoffeln in Polen mehr verbraucht wurden als 1924/25, das heißt aber, daß der wirklich vorhandene Ueberfluß bei guter Konjunktur selbst bei guter Ernte noch geringer ist, als soeben angenommen.

Am meisten wird von Landbundsseite gezeiert gegen die zu be-fürchtende Schweineinfuhr Polens nach Deutschland. Nehmen wir zuerst den für Deutschland ungünstigsten Fall an, nämlich daß Polen in der Lage wäre, jährlich 350 000—400 000 Stück Schweine aus seinen westlichen Provinzen, die allein für die Schweineausfuhr nach dem Westen in Frage kommen, auszuführen. Das würde dann eine Gesamt-schweineinfuhr von 2 1/2 bis 3 Prozent der Schlachtungen sein, die in Deutschland in den letzten Jahren vor-genommen wurden. Schon an dieser Zahl kann man erkennen, daß die befürchtete Konkurrenz lange nicht die Bedeutung haben kann, wie behauptet wird. Denn von diesen 350 000 bis 400 000 Stück geht ja auch noch ein Teil in andere Länder. Der Anteil der in Deutschland genommenen polnischen Schweine an gesamten deutschen Schweineverbrauch würde also noch geringer sein. Ueberdies ist der Verbrauch an Schweinefleisch in Deutschland gegen-wärtig noch um 2 Millionen Doppelzentner geringer als im Jahre 1913. Es ist daher anzunehmen, daß der Schweineverbrauch in den nächsten Jahren in Deutschland noch steigen wird und daß infolgedessen eine entsprechende Fleischinfuhr ohne weiteres in Deutschland aufgenommen werden kann. Dieser Tatsache steht allerdings die andere Tatsache gegenüber, daß sich in Deutsch-land in den letzten Jahren der Schweinebestand außerordentlich stark vermehrt hat. Nach den neuesten Zahlen, die aus der Agrar-Enquete stammen, ist die Schweinehaltung in Deutschland von 1925 bis 1927 um 6 630 000 Stück vermehrt worden. Demgegenüber betrug die gesamte Schweineinfuhr Deutschlands im Jahre 1927 nur 580 000 D.-Ztr. In Wirklichkeit also ist die Not der Schweine-halter in Deutschland kein Produkt der Schweineinfuhr nach Deutschland, sondern der außerordentlichen Ueberproduktion an Schweinen in Deutschland selbst. Im Jahre 1926 hat Deutschland an lebenden Schweinen 12 000 Tonnen eingeführt, im Jahre 1925 11 000. In beiden Jahren kamt kein einziges lebendes Schwein aus Polen. Dagegen hat Deutschland im Jahre 1926 15 151 D.-Ztr. Fleisch, Speck und Würste aller Art aus Polen eingeführt und 1925 24 537 D.-Ztr. In dieser Menge sind aber auch sämtliche anderen Fleischarten mit enthalten. Dem entspricht, daß die Größe der Schweine- und Schweinefleisch-Verladungen in den Deutschland zugewandten polnischen Eisenbahn-direktionsbezirken Danzig und Polen vom 1. August 1924 bis 31. März 1925 nur einen Bestand von 116 455 Schweinen und von 22 500 Tonnen Schweinefleisch aufweist, und für die Zeit vom 1. August 1925 bis 31. Juli 1926 eine solche von 163 650 Schweinen und 6160 Tonnen Schweinefleisch. Da diese Schweine-verladungen nach dem Ausland in beiden Gebieten in dem ersten Jahr des Zollkrieges größer waren als im Jahr vorher, so ergibt sich, daß diese Schweinemengen nicht nach Deutschland gefandt worden sein können, sondern daß es sich hier um eine Schweine-verladung nach anderer Richtung handelt, auch in der Zeit ebe der Zollkrieg einsetzte. Die vorhin geschätzte Menge von 350 000 bis 400 000 Stück Schweinen, die im Höchstfalle aus den pol-nischen Westprovinzen ausgeführt werden können, geht also offensichtlich nur zum kleinsten Teil in der Form von Schweinefleisch nach Deutschland. Hinzu kommt noch, daß die polnischen Schweinepreise auch nicht unter den deutschen Preisen liegen, zumal, wenn der deutsche Schweinezoll hinzu-gesetzt wird: 1924, in einem Jahr, in dem der Zollkrieg noch nicht wütete, sind die polnischen Schweinepreise nur sehr wenig hinter denen in Breslau zurückgeblieben, aber auch der Schweine-preis in Polen lag in dieser Zeit niemals unter dem vollen deutschen Zollfuß von 32 Reichsmark pro Doppelzentner unter dem Breslauer Preis. Auch daraus ergibt sich, daß eine wirtschaftliche Konkurrenz der polnischen Schweine für die deutsche Schweine-produktion in großem Maßstabe nicht in Frage kommt.

Diese Feststellungen können auch nicht überraschen; denn sowohl die Kartoffelausfuhr als auch die Schweineausfuhr Polens kommt aus den polnischen Provinzen, die früher dem Deutschen Reich angehörten. Damals hat Deutschland die Ueberflüsse dieser Provinzen an Kartoffeln und Schweinen ohne jede Be-schränkung für die Landwirtschaft in den übrigen Landesteilen aufgenommen. Es, es war trotzdem noch eine Schweineinfuhr vorhanden. Das beweist, daß das übrige Deutschland tatsächlich damals nicht genügend Schweine produzierte, sondern daß Deutsch-land eben auf den Ueberfluß dieser Provinzen angewiesen war. Das inzwischen in den letzten zwei Jahren eingetretene außer-ordentliche Anwachsen des deutschen Schweinebestandes kann nicht als natürliches Entwicklungsergebnis angesehen werden. Sie ist offenbar ein Randprodukt aus den überaus ungenutzten we-lichen Jahren. Aber auch diese Steigerung der Schweineproduktion in Deutschland selbst kann die Sachlage nicht ändern, weil sie gegen die Konkurrenz Polens auf diesem Gebiete in Wirklichkeit nur gering ist.

Es ist daher von einem Handelsvertrag mit Polen, der der polnischen Agrarausfuhr die Grenzen wieder öffnet, durchaus keine Befürchtung der deutschen Landwirtschaft in dem Maße zu befürchten, wie vom Landbund immer behauptet wird.



# Aus Schlesien.

## Bürgerliche Moral.

Falschingsherze auf dem Maskenball in Petersdorf i. Nsgb. — Schweigen im bürgerlichen Pressewald.

Nirgends kann man die Zweischichtigkeit bürgerlicher Moralbegriffe so gut beobachten, als zur Falschingszeit, wenn die ach so ehrlichen Spießbürger losgelassen, keine Grenze mehr zwischen Scherz und Bote zu finden imstande sind. Während man sonst über jedes Mädchen, das etwa mal irgendwo mit einem Mann spricht, Kaffee trinkt oder sonst zu Mutmaßungen, die dritte eigentlich nichts angehen, Anlaß gibt, wird hier der schönste Witj belacht. Wie weit so etwas gehen kann, zeigt ein Bericht unseres Hirschberger Bräderblattes von einem Maskenball des Handwerkervereins von Petersdorf i. Nsgb. am 22. Januar im Gasthof „Zum Deutschen Haus“. Dort war, wie das so üblich ist, eine Preisverteilung für die schönsten Masken vorgelesen. Ein siebzehnjähriges (!), als „Maus“ maskiertes Mädchen kam nun etwas spät zu dieser Preisverteilung und erhielt von einem Rifenfabrikanten einen Trostpreis überreicht. Dieser Trostpreis bestand aus einer geschlossenen Zigarrenkiste, bei deren Öffnung — durch das siebzehnjährige Mädchen im Beisein der Eltern und Festgäste — ein nachgebildetes männliches Glied sichtbar wurde.

Da Maskenpreise nicht von Einzelpersonen ausgehört, hergestellt und verteilt werden, muß wohl angenommen werden, daß der Vorstand des Petersdorfer Handwerkervereins die Preise, also auch die Trostpreise, gekannt hat und an diesem, eine wirklich recht merkwürdige Phantasia verrätenden „Scherz“ beteiligt war. Man stelle sich vor, ein Sozialdemokrat oder etwa gar ein weltlicher Schullehrer hätte sich diese tollkühne Geschmacklosigkeit auf einem Fest erlaubt oder der Ausschuß eines Arbeitervereins unter seinen Maskenpreisen den es den Petersdorfer Handwerker nachgelassen. Die ganze bürgerliche Presse würde darüber hergefallen und hätte prompt die „hollschweißliche Schweinerei“, „sozialdemokratische Zuchtlosigkeit“ oder sonst etwas“ geäußert.

Über es waren eben keine Arbeiter, sondern ehrlame Bürger, die hier den Falsching mit Bordellwisen austatteten und so kommt es wohl, daß beispielsweise der „Bote aus dem Riesengebirge“, der zu den bemerkenswert gut redigierten demokratischen Blättern Deutschlands gehört, keine Zeile von diesem empörenden Vorfall bringt.

Doch wehe, wenn die hier so unglaublich beleidigte junge Dame etwa in nähere Beziehungen zu jemandem treten würde, der hierzu nicht amtlich beheimigtweise befugt wäre — dann würde der fragliche Rifenfabrikant, dessen Bild uns zur Wandergabe leider nicht zur Verfügung steht, sicher höchst moralisch entrüstet sein. So steht die bürgerliche „Moral“ nicht nur auf Maskenbällen, sondern auch in der Politik aus.

## Eine unbehaltbare Gemeindevorsteherwahl.

Die in Rothenthal, Kreis Landeshut, vor einiger Zeit ordnungsgemäß abgehaltene Wahl des Stadtrats Paul Henschberg (Soz.) als Gemeindevorsteher war von der Regierung für ungültig erklärt worden, weil zwei ehemalige Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion, die sich jetzt der Rechten des Reichstages angeschlossen haben, nach ihren Angaben beeinflusst worden sind. Trotzdem die Sieger der Regierung empfohlen hatte, die Gemeindevorsteherwahl bis zur Neuwahl der Gemeindevorstände zu verschieben, da durch den Uebertritt der beiden sozialdemokratischen Vertreter Gärtner und Hiescher zur Rechten die Zusammensetzung des Reichstages nicht mehr den politischen Machtverhältnissen in der Gemeinde entsprach, erreichte die bürgerliche Seite, daß am 19. Februar die Neuwahl vorgenommen wurde. Der Kandidat der Rechten, der Verwaltungsspekulator Kneißel-Rothenthal, wurde mit Neben gegen fünf Stimmen gewählt, obwohl beim Landeshut Kreisamt ein Antrag gegen K. vorliegt. Danach hat K. ihm vom stellvertretenden Gemeindevorsteher Jhmann (Soz.) in einer Steuerzuschußung gegebene Auskunft über die Einkommensverhältnisse des bisherigen Gemeindevorstehers Kaufmann Gattner dem erwähnten Richter sofort hinterbracht. Es handelt sich hier also um den Bruch der Amtsverschwiegenheit, die das gesetzliche Verhältnis zwischen K. und J. zur Folge hatte. Verwaltungsspekulator Kneißel hat den Vertrauensbruch vor Zeugen selbst ausgesprochen und Absicht geäußert, sowohl auch damals ein Disziplinarverfahren nicht beantragt wurde. Jetzt aber wurde K. von der künftigen Mehrheit der Rechten des Reichstages zum Gemeindevorsteher gewählt, einer Gemeinde, in der die Sozialdemokraten die überwältigende Mehrheit haben. Es ist gar nicht anzunehmen, daß die Regierung diese Wahl bestätigen wird; denn ein Gemeindevorsteher, für den die Mehrheit der Gemeindevorsteher kein Vertrauen hat, ist einfach unbehaltbar.

## Nieder-schlesischer Landgemeindefest.

Am Sonnabend, den 11. Februar, findet in Ober- und Nieder-schlesien der 5. Nieder-schlesische Landgemeindefest statt. Auf der Tagesordnung stehen neben dem Geschäftsbericht des Geschäftsführers des Festvereins Reden über „Die Rolle der Landgemeinden“ und „Landgemeindefest“ des plattin Landes“ (Landeskommissioner Werner-Breslau), „Die Landgemeinden und ihre Sorgen“ (Landesrat Dr. Gericke-Breslau) und „Landgemeindefest und seine Finanzierung“ (Landesrat Dr. Gericke-Breslau).

## Kücher im Pfarrhaus.

Kann es die Anbahnung von dem Neubau auf des Pfarrhauses im Pfarrhaus durch die Kirche sein, die die Öffentlichkeit schon wieder durch zwei ganz ähnliche Fälle bekannt ist. Der Bräuer von Hirschberg wurde in dem Pfarrhaus von zwei Frauen mit dem Namen Kneißel gepöbeln, förmliches Vergehen heranzuziehen. Dann verfiel es das gleiche Vergehen bei dem Bräuer von Engelskirchen, der bereits sein Haus gegen die Kirche verpfändet hatte. Da er auch keine Hauspflichten über nicht gegen die Kirchenschatulle angetragen können, gelang es beiden auch hier, mit dem Pfarrhaus 100 Mark und eine gelbesche Karte in die Hand zu bekommen. Inzwischen hatte der Bräuer von Hirschberg die Angelegenheit verhandelt. Sie müssen die Karte der Kirche erst zahlen, und nachdem sie bereits das zweite Vergehen verfallen hatten, und wurden gezwungen, um der Kirche den Schaden zu zahlen. Auch die Kirche ist betroffen.

Ergebnis blieb ein Bandit. Im am. Plage, her andere wurde schwer verletzt und ein Landjäger erhielt einen Armschuß. Wie verlautet, soll es inwieweit auch gelungen sein, zwei von den Einbrechern von Rotisch festzunehmen, und sie dem Amtsgericht Cöslitz zuzuführen, während dem dritten es bisher gelungen ist, jeder Verfolgung zu entkommen.

## Ramsau. Agrarische Ausbeutung.

Geradezu unerträgliche Lebensverhältnisse scheinen auf dem Rittergut Jauchendorf unter der Landarbeiterherrschaft zu herrschen. Das bewies recht deutlich eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Oels am 1. Februar. Ein Landarbeiterpaar war wegen Getreide Diebstahl angeklagt. Sechs Kinder hatten nichts zu essen — dazu läßt die praktische Frau Rittergutsbesitzerin noch zwei große Familien in einer Stube zusammen hausen, auf einem Herd kochen usw. Als der Mann dann noch arbeitslos wurde, war die Not unerträglich und führte zum Diebstahl von vier Zentnern Getreide. Die Rittergutsbesitzerin sprach allerdings von hundert (!!!) Zentnern, und veruchte darauf zu drängen, daß die „Verbrecher“ recht hoch bestraft würden. Das Gericht aber bewies mehr menschliches Empfinden. Die Frau erhielt zum Leidwesen der „gnädigen Frau“, Bewährungsfrist, während der Mann, der eine Strafe wegen Diebstahls bereits verbüßt, eine verhältnismäßig geringe Zusatzstrafe erhielt. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß die ungeheuerlichen Verhältnisse in Jauchendorf zum großen Teil Schuld an dem Vergehen der Bestrafen, die aus Not gehandelt haben, sind. — Die wirklich Schuldigen treten als moralische Zeugen auf.

## Bezirkskonferenz

### der Arbeiterjugend Mittelschlesiens.

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Volks-Haus“ in Striegau statt. Die Tagesordnung ist:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Die Geschichte der Arbeiterjugend. Referent: Genosse Odenhauser, Berlin.
3. Anträge und Wahlen
4. Verschiedenes.

Sämtliche Delegierte müssen bis Mittwoch, den 15. Februar, in Breslau gemeldet sein. Für den Nachmittag des 19. Februar ist eine Tagendankveranstaltung geplant, an der sämtliche Delegierten und Gäste teilnehmen können. Die Ausgestaltung liegt in den Händen der Hallesburger, Striegauer und Breslauer Genossen.

Wir hoffen, daß alle Ortsgruppen von ihrem Delegationsrecht Gebrauch machen. Auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter, angefangen mit 50 gelten als voll.

Mit Frei Heil!

Der Bezirksvorstand.

**Ober-Radebrunn, Kreis Striehlen.** Abenteuer eines Kalbes. In der Nacht zum Sonntag wurde dem Stellenbesitzer L. aus dem verlassenen Stall ein halbjähriges Kalb gestohlen und von den Dieben, zwei Radfahrern, an der Seine dasongeführt. Da der Diebstahl am frühen Morgen ausgeführt wurde, so glauben sich die Diebe, durch einen zur Arbeit radelnden Chauffeur verfolgt und ließen daraufhin das Kalb laufen. Dieses, wohl bemerkt, daß es einem wackeren Reiter entronnen, sammelte sich nach Herzenslust und konnte erst am anderen Tage eingefangen und seinem Besitzer zugeführt werden.

**Troppendorf.** Der Widerstand des § 218. wirkt sich nicht nur in Preussenterritorien aus. In nicht geringem Umfange vergehen sich auch Personen aus dem Bürgerum gegen diese Paragrafen, die schützen wollen, was nur der Wille zur Weiterarbeit und gesunde Lebensbedingungen zu schützen imstande sind. So ist hier derzeit ein hochgradig politisches Vergehen gegen eine Reihe von aus sogenannten „guten Kreisen“ stammenden Personen wegen Abtreibung bzw. Beihilfe zur Abtreibung eingeleitet worden. Bei einer Frau wurde sogar Hausdurchsuchung (!) gehalten. — Ob die Betroffenen wohl die einzig richtige Konsequenz ziehen und bei den nächsten Wahlen mit der Sozialdemokratie für eine geistigere Reform dieser mittelalterlichen Bestimmungen eintritten werden?

**Waldenburg.** Auf Kosten der Kollegen herrlich gelebt. Das heilige Schöffengericht sollte sich mit einer Anzahl Betrugsfälle zu beschäftigen. So habe der Bergmann Paul Ertel die sogenannte Hienigkaffe der Bergarbeiter des Bahnhofs zu verwalten. Die Gelder dieser Kasse dienten zur Unterhaltung von in Not geratenen Kameraden. Ertel aber unterginge sich zur selbst, indem er insgesamt 1000 Mark unterginge und die Kasse plünderte. Wegen grober Vertrauensbrüches, Unterschlagung und Urkundenfälschung wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Ebenfalls ein „guter Kamerad“ war der Zimmermann Sachse aus Politz bei Freiburg. Bevor er eine neue Stellung in Glatz annahm, erkrankte er den verlassenen Kleinkaufmann eines seiner Kollegen und ließ 70 Mark sowie verschiedene Kleidungsstücke. Da er bereits wegen ähnlicher Vergehen bestraft war, verurteilte ihn das Gericht zu fünf Monaten Gefängnis.

**Waldenburg.** Zwei Eizellstillschreiber anlässlich des Geburtstages der Kaiserin. Einem Schenker aus Gottesberg habe ein Mädchen, das sich auf dem Heimwege von einer Tanznacht heimlich in Waldenburg überfallen, ungewollt und dabei das Mädchen auch erkrankt. Der Kaiserin war dafür vom Waldenburger Schöffengericht zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden, und keine Befreiung wurde jetzt von der schweidnitzer Strafkammer verweigert. — Eine Verurteilung einer Frau erkrankte der der schweidnitzer Strafkammer der Waldenburger Strafkammer. Er habe während eines jungen Mädchens verunglückt und war deshalb vom Waldenburger Schöffengericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die schweidnitzer Strafkammer ermöglichte die Strafe auf ein Jahr drei Monate Gefängnis.

**Waldenburg.** Der Hund als Lebensretter. Durch die Klugheit ihres Hundes wurde das Lebensvergnügen Schaffnerin gerettet, das im Waldenburger Strafkammer. Dabei müssen sie irgendein zu Fall gekommen sein. Ebenfalls wurden in der Nähe erkrankte Personen durch das erkrankte Bellen eines Hundes gerettet, jedoch die Stelle es und haben beide Ehegatten mit dem erkrankten Kind zusammen mit schweren Verwundungen behauptet liegen. Sie wurden in das Knapp-Schöffengericht überführt, wurden jedoch noch in Lebensgefahr. Eine ihrer Hunde wurde in Waldenburg in kurzer Zeit verblüht.

**Waldenburg.** Frau Ertel verurteilt sich zu verurteilen. Die Frau des hier verurteilten der kurzen durch keinen

Prozeß bekannt gewordenen Experimentalpsychologen Dr. E. G. in Glatz beginnt, wie sie einem Bekannten mitteilte, einen Verhaftungsversuch. Als der Bekannte in die Wohnung eiste, um das Unglück zu verhindern, war es schon zu spät. Die junge Frau liegt hoffnungslos daneben.

**Landeshut.** Zufall am 11. Feb. Auf der Chaussee zwischen Schwarzwalddau und Hartau schaute das Pferd des Gutsbesitzers Stoder vor einem herankommenden Kraftwagen. Kurz vor dem Auto sprangen die Pferde quer über die Straße, so daß der Kraftwagen gegen die Wagendeckel fuhr. Ein Pferd wurde schwer verletzt und mußte sofort abgetötet werden. Die Autosinsassen kamen glücklicherweise mit leichten Schnittwunden davon. Holzschiff, Kr. Landau. Der zerprüngene Glode in 11 Öppel. Einem seltenen Glüdfall hat eine Frau, die die Glode der hiesigen Kirche läutete, ihr Leben zu verdanken. Als sie mit dem Glüdfall beschäftigt war, sprang der Klöppel der mittleren Glode. Das abspringende schwere Klöppelstück schlug jedoch zur Seite, ohne die Frau zu treffen.

**Kattowitz.** Polnische Pressefreiheit. Wegen der Wiedergabe der Korantischen Ausführungen in der Mitteilungs der schlesischen Sejm wurden die Donnerstag-Ausgabe der „Kattowitzer Zeitung“, des „Ober-schlesischen Kuriers“, des „Vollswillens“ und Korantische Blatt „Polonia“ beschlagnahmt. **Kattowitz.** Unerbittliche Verhölungen bei den ober-schlesischen Krankenkassen. Die „Polsta-Jachobnia“ bringt in großer Aufmachung Einzelheiten über die angeblich sehr leichtsinnige Geschäftsführung des Vorstandes des Vorstandes Ober-schlesischer Krankenkassen, Krankenkassendirektors Hirsch. Da H. Kandidat der deutschen Wahlgemeinschaft zum schlesischen Sejm ist, wird man den Nachrichten der „Jachobnia“ gegenüber etwas Reserve beobachten dürfen. Tatsächlich steht bisher fest, daß nachdem wohl zum Teil durch die Gerüchte in der polnischen Presse veranlaßt, die Kattowitzer Starostei Aktien und Bücher des Krankenkassenverbandes anforderte und sie einer Kommission zur Prüfung übergab. Direktor Hirsch ist am Mittwoch auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft festgenommen worden.

**Kattowitz.** Der Postsparkassenbetreiber gefaßt. Wie bekannt, gelang es einem Unbekannten, auf Grund eines falschen Schecks im September 1927 140 000 Mark von der hiesigen Postsparkasse abzuheben. Jetzt ist der Betrüger in der Person eines gewissen Andreas Pac in Ost-Galizien verhaftet worden. Es handelt sich bei der Angelegenheit jedoch um mehrere Personen, deren Verhaftung in den nächsten Tagen erwartet wird.

## Landkreis Breslau/Neumarkt.

### Neumarkter Allerlei.

Der deutschlandweite Agitator Hennig-Ober-Stephansdorf marschiert mit 100 000 Bauern nach Berlin. — Wahl des Vorstandes zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Neumarkt. — Kreisstag.

Am Sonnabend, den 4. Februar, hatten sich die Vertreter der Bauernschaft aus 13 schlesischen Kreisen in Neumarkt zu einer Tagung eingefunden, um über die Bildung einer Notgemeinschaft zu beraten. Um der Tagung Inhalt zu geben, und nachdem kurze Begrüßungsworte gesprochen waren, hatte sich der deutschlandweite Agitator, Wald- und Wiesenredner Hennig-Ober-Stephansdorf seines Auftrages zu entledigen. Der Vortrag war die Wiederholung seiner auswendig gelernten, schon hundertmal gehörten Schimpfanrede. Und es ist bezeichnend genug, wenn die „Neumarkter Zeitung“ in Nr. 18 vom 7. Februar schreibt: „Er schilderte in seiner Art die Zustände und Verhältnisse usw.“ Über Agitator Hennig ging noch weiter und drohte, indem er meinte, daß 100 000 Bauern bereit wären, ihre Schritte nach Berlin zu lenken oder 30 000 Bauern in Breslau ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen, daß Herr Hennig in jungen Jahren nicht auf Wanderschaft gewesen ist und daß er jetzt mit so vielen fettfleischigen Großgrundbesitzern das Verlangen hat, einmal zu marschieren. Dem kleinen und mittleren Bauer, dem sein Fett im Wege ist, dürfte allerdings solche von Hennig in Vorschlag gebrachte Entsetzungen wenig behagen. Ferner betonte Herr Hennig, daß die Bauernschaft des Reiches wiederum bereit wäre, mit 5000 Mann in Neumarkt zu öffentlicher Kundgebung zu erscheinen. Dazu müssen wir bemerken, daß es erstens bei der im vergangenen Jahre stattgefundenen Kundgebung keine 4000 bis 5000 Mann waren, zweitens, daß die Großgrundbesitzer ihre Landarbeiter mittels Leiter- und Rastwagen nach der Stadt gefahren hatten und so dem Zuge die Länge gaben, mit der jetzt noch Herr Hennig großes Geprahl anstellt. Wo waren damals im Zuge die Herren von Ar und Halm. Sahen sie nicht, als die müden Knochen des Landarbeiters auf den Wagen zusammengeschüttelt wurden, bereits in Rollen bei Wein, Weib und Gesang? Die Landbewegung ist auch in unserem Kreise mächtig zurückgegangen. Der kleine und mittlere Bauer hat in der Zwischenzeit offene Augen bekommen, und da der Landbund auch die letzten Jahre fortgeschritten ist, glaubt er, mit dergleichen Tagungen Köder auszuwerfen. Ist denn der kleine und mittlere Bauer wirklich so dumm, daß er sich einer Notgemeinschaft anschließt, die weiter nichts ist als eine Dachorganisation des Landbundes? Bauern des Kreises Neumarkt! Der Landbund erstrebt nur, mit eurer Unterstützung für den Großgrundbesitzer Vorteile herauszuwirtschaften! Handweg von solchem Spiel, das die Vernichtung eurer Scholle bedeutet!

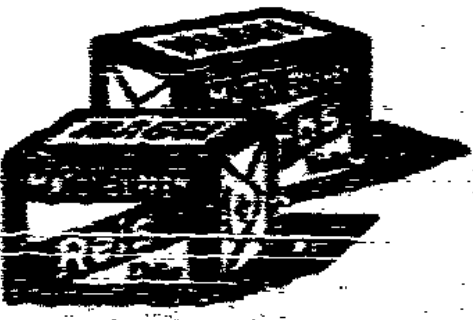
Zur Wahl des Vorstandes und der Stellvertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Neumarkt ist für jede Gruppe (Versicherter und Arbeitgeber) nur ein Wahlvorschlag eingegangen. Von Seiten der Versicherten (Wahlvorschlag des OVB, Ortsausschuß Neumarkt) gelten als gewählt: Karl Hinkel, Lagerhalter, Paul Hanheiler, Buchdrucker, Rudolf Grelbert, Gerber, Kurt Schilder, Schriftsetzer, Karl Karole, Tischler, Max Schmidt, Maurer, Alfred Liebert, Buchdrucker, Hermann Fiegas, Fabrikarbeiter, Wilhelm Döring jun., Zimmermann, Julius Thomas, Gerber, Max Kerkel, Tischler, Josef Rehmet, Malchinik, Karl Kleinert, Maurer, Karl Summert, Malchinik, Peter Lisha, Gerber, Karl Heidenreich, Tischler, Karl Böhm, Maurer, Wilhelm Binzer, Kutscher.

Der nächste Kreisstag, der sich mit der Beratung des Kreishaushaltes beschäftigen wird, findet voraussichtlich am Mittwoch, den 28. März, statt.

## SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

### Seriesammlungsleiter.

Breslau. Außerordentliche Generalversammlung. Sonnabend, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Rades Ballgarten (früher Hiescher) eine außerordentliche Generalversammlung statt. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, zu erscheinen, da ein Vorstandsmittglied neu zu wählen ist. Mitgliedsbücher bzw. Karten für jedes Kontingent mitzubringen. Ohne diese oder 4 Karten nicht wahlberechtigt. Kein Wahlrecht.



# In jeder Küche

sind MAGGI Suppen-Würfel geschätzt, weil man daraus auf einfachste Weise schnell und bequem nahrhafte, wohlschmeckende Suppen herstellt. Mehr als 20 Sorten. — 1 Würfel gibt 2 Teller Suppe und kostet nur 13 Pfg. — Verlangen Sie bitte ausdrücklich

# MAGGI Suppen-Würfel











## Hilde Scheller im Kreuzverhör.

Den Höhepunkt des Berliner Schülermordprozesses brachte am Freitag die Vernehmung der Hauptzeugin Hilde Scheller. Rechtsanwalt Dr. Frey hatte zunächst die Ladung des Polizeivizepräsidenten Reich beantragt, der sowohl als Zeuge wie als Sachverständiger darüber gehört werden soll, ob Hilde Scheller einen Tag nach der Tat zu ihm ins Verhandlungszimmer lachend und tänzelnd gekommen sei, und ihm gegenüber alles gesehene habe, was in der Werdnachtsnacht geschehen sei. Der Polizeivizepräsident soll sich dahin geäußert haben, daß er noch nie von der Un glaubwürdigkeit einer Zeugin einen so erschütternden Eindruck gehabt habe wie bei Hilde Scheller, die mit vollkommener Sicherheit ihre läugerischen Angaben gemacht habe. Das Gericht nimmt zu dem Antrag des Rechtsanwalts Dr. Frey Stellung; der Antrag auf Ladung des Polizeivizepräsidenten wird vorläufig zurückgestellt.

Das Kernstück der Vernehmung bestand in der Untersuchung der Vorgänge während der Mordnacht. Zunächst wurde die Frage untersucht, wie Stephan in die Wohnung Hilde Scheller kam. Hilde erklärte, sie habe nur die Absicht gehabt, länger mit Stephan zusammen zu sein. Der Vorsitzende fragte: „Wohin gingen Sie mit ihm?“ Hilde: „In Günthers Kammer.“ Vorsitzender: „Wenn Sie Günther nun dort getroffen hätte, was wäre dann geschehen?“ Hilde: „Das habe ich mir nicht vorgestellt.“ Vorsitzender: „Sie erwähnen jedenfalls Maßnahmen, daß Hans Stephan von Günther nicht gesehen wurde. Und nun weiter?“ Hilde: „Ich ging ins Schlafzimmer. Dann kam Ellnor und sagte mir, Herr Scheller möchte mich sprechen.“ Vorsitzender: „Wie lange waren Sie in der Kammer mit Ellnor?“ Hilde: „Drei Viertel Stunden.“ Vorsitzender: „Sie haben sich dort auch geflüßt und Sie haben doch auch vorher gewußt, daß es dazu kommen würde.“ Hilde: „Nein.“ Die weiteren Aussagen Hildes über die Dinge, die sich vor der eigentlichen Tragödie abspielten, brachten nicht viel Neues. Auch Hilde versicherte, wie Kranz, daß zwischen Stephan und Günther

Feindschaft bestand, weil Stephan den Günther bei der Mutter verpeßt hatte.

### Die Schüsse im Schlafzimmer.

Hilde erklärte nach einer Darstellung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem ersten Schuß in der Küche, die zu den Angaben des Kranz kein wesentliches neues Moment hinzufügt, daß sie Kranz und Günther habe folgen wollen, als sie zusammen ins Schlafzimmer gingen. Die Tür wurde, so erklärt Hilde, von innen zugedrückt. Ich verfuhr, noch den Fuß dazwischen zu stellen, aber die Tür wurde zugemacht und abgegeschlossen. Vors.: Wer hat zugeklippt und abgegeschlossen? Günther oder Kranz? Hilde: Das weiß ich nicht. Im nächsten Augenblick ertönten die Schüsse. Ich wollte nun wieder ins Schlafzimmer. Diesmal war die Tür auf. Vors.: Ist es wahr, daß Ellnor gesagt hat, Du bist wohl wahnsinnig gewesen, den Stephan hier schlafen zu lassen? Hilde: Ja, als die beiden Jungen wieder ins Schlafzimmer gingen, da sagte ich Ellnor, daß Hans Stephan da sei und darauf sagte Ellnor: Du bist wohl wahnsinnig. Vors.: Als die Schüsse fielen, flüchteten Sie hin? Da war plötzlich die Tür auf, nicht wahr?

In diesem Augenblick fängt Hilde Scheller an zu weinen. Das Kreuzverhör hat sie sichtlich mitgenommen und der Vorsitzende unterbricht für kurze Zeit die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung untersucht der Vorsitzende vor allem die Vorgänge nach dem Mord. Auch hier bringen Hildes Aussagen kein wesentlich anderes Bild, als es bereits von Kranz geschildert worden war.

Kurz vor der Unterbrechung der Sitzung brachte Rechtsanwalt Frey einen Brief zur Verlesung, der überaus sensationell wirkte und großes Aufsehen hervorrief. Der Brief stammt von einem Kaffeehausbesitzer. Dieser teilt Rechtsanwalt Frey mit, daß er Hilde Scheller einen Tag vor der Verhandlung aus seiner Tanzdiene in der Königgräber Straße wegen ungebührlichen Benehmens habe hinausweisen müssen.

## Schulbetrieb in einer neuzeitlichen Volksschule.



Die neue Volksschule in Kaulsdorf-Süd bei Berlin ist nicht nur äußerlich ein schöner Neubau, der mit seinen Einrichtungen auch anderen Schulbauten als Beispiel dienen kann, sondern vor allem ist der Schulbetrieb musterhaft, nachdem gerade in diesem Bezirk lange Zeit hindurch die Schulverhältnisse denkbar ungenügend waren. 280 Kinder werden hier unterrichtet; neben den Schulräumen stehen für den Unterricht Werkstätten, Schulküche, Bücherei, Lesezimmer, Lehrmittelräume, Zeichenaal, Physikzimmer und Untersuchungsraum für den Arzt zur Verfügung. Die 12 Meter breite und 22 Meter lange Turnhalle dient auch als Aula und hat eine Bühne mit Umkleieräumen. Brauseanlagen mit Umkleieräumen, für Gäste besondere Garderoben, der Schulhof und der Garten für die Schüler vervollständigen dieses Bild einer modernen Schule. Unsere Bilder zeigen oben: die Mädchen in der Handarbeitsklasse, in der eine Anzahl Nähmaschinen zur Verfügung stehen; das untere Bild: den praktischen Unterricht der größeren Jungen im Tischlerhandwerk.

wurden beide von ihm durch Schüsse schwer verletzt. Nach weiterem Herumtöben wurde der Mörder von der Polizei festgenommen.

### Verhaftung eines Betrüglers.

Der aus Eger am 28. Januar d. J. nach Unterschlagung von 200 000 Reichsmark an Schaden der Egerer Filiale der Versicherungsgesellschaft Victoria in Berlin geflüchtete Beamte Platoslawef ist auf Grund der Erhebungen der Egerer Staatspolizei in Würdental (Schlesien) verhaftet worden. Er hatte sich dort unter dem falschen Namen John aufgehalten.

### Tom Görgen Mittelgewichtsmeister.

Im Berliner Sportpalaist wurde am Freitag abend zwischen dem bisherigen Mittelgewichtsmeister Tom Görgen und dem Dogen Hermann Hele der Meisterschaftstitel für das Mittelgewicht ausgetauscht. Tom Görgen siegte über Hele knapp nach Punkten. In dem Kampf zwischen dem Italiener Buffi und Breitenreiter siegte der letztere nach Punkten. Breitenreiter beschränkte sich in dem Kampf ausschließlich auf Zermürbungstaktik.

### Franco's Plan eines Fluges um die Welt.

Major Franco ist in Sevilla eingetroffen, nachdem er sich in Cadix vom Stand der Arbeiten an dem im Bau befindlichen Wasserflugzeug überzeugt hatte, mit dem er einen Flug um die Welt unternehmen wird. Franco erklärte, er werde diesen sofort nach Fertigstellung der Maschine antreten, vorausgesetzt, daß die Witterungsverhältnisse dies zulassen.

### Absturz eines italienischen Militärflugzeuges.

Donnerstag vormittag stürzte etwa 5 Kilometer südlich von Bologna das von dem Porporapiloten Kratina geführte Militär-Jagdflugzeug B. 17/18 ab. Bei dem Aufprall wurde das Flugzeug zerschmettert und verbrannte. Dem schwerverletzten Piloten gelang es, sich aus dem Flugzeug zu befreien. Die Ursache des Unglücksfalles wird untersucht.

### Verstärkte Diebst.

Im Zentrum von Paris hat sich am Freitag ein blutiges Eifersuchtsdrama abgepielt. Ein 26-jähriges Mädchen verführte ihren Freund, einen jungen Handlungsangestellten, zu erschießen und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Die jungen Leute hatten einander vor zwei Jahren kennen gelernt und trafen seitdem täglich auf dem Bahnhof eines Pariser Vorortes zusammen, um gemeinsam zur Arbeitstätte zu fahren. Nach einjährigem Bestehen beschloßen sie, eine Ehe einzugehen. Die Mutter des Mädchens verweigerte aber wiederholt ihre Zustimmung. Der junge Mann erklärte hierauf seiner Freundin, daß er das Abenteuer nicht weiter fortsetzen wolle. Kurz darauf reiste er ihr auch mit, daß er sich mit einer anderen verlobt habe. Durch nichts ließ er sich von seinem Entschluß abbringen.

Am Freitag früh trafen sich die beiden wieder am Bahnhof von Vesinet und fuhren gemeinsam nach Paris. Unterwegs erzählte das Mädchen seinem früheren Freunde, daß auch sie nunmehr einen Lebensgefährten gefunden habe. Vor ihrem Büro angelangt, rief sie aus: „Ich habe gelogen, um dich auf die Probe zu stellen. Ich wollte nur wissen, ob du mich noch liebst.“ Im selben Augenblick zog sie einen Revolver aus der Tasche und verlegte ihren ehemaligen Liebhaber schwer. Dann richtete sie die Waffe gegen sich selbst. Der Tod trat auf der Stelle ein.

### Verstärktes Telefon Berlin-New York.

Am Freitag wurde der drahtlose Fernspreapparat mit den Vereinigten Staaten eröffnet. Das erste Gespräch wurde zwischen Marx und dem stellvertretenden amerikanischen Staatssekretär für das Postwesen geführt. Unter anderem sprach auch der Reichspostminister mit dem deutschen Botschafter in Washington. Die Gespräche, die auf dem Kabelwege bis London und von dort aus auf dem Luftwege über den Ozean geleitet werden, waren auf beiden Seiten durch Verstärkung des öffentlichen Verkehrs für die internationalen Verbindungen vom Sonnabend, den 11. Februar, ab zur Verfügung.

## Die Berliner Lombardfandale

nehmen immer noch kein Ende. Am Freitag ist das Lombardgeschäft des Berliner Kaufmanns Max Schlemm in der Spandauer Straße von der Polizei geschlossen worden. Die Kriminalpolizei versiegelte die Räume und beschlagnahmte sämtliche Geschäftsbücher. Gleichzeitig wurde über das Unternehmen Konkurs eröffnet. In Schlemms Lombardhaus sind in der letzten Zeit schwere Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Einzelne verpfändete Dinge wurden den Kreditgebern als nicht verpfändet vorgezeigt. Außerdem hat Schlemm Pfänder als Sicherheit angeboten, die in Wahrheit gar keine Pfänder waren. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Die Passiven betragen mehr als eine Million Mark.

In der Affaire des flüchtigen Pfandleihers Friedländer ist festgestellt worden, daß in vielen Fällen Sachen, die bereits verkauft waren, von Friedländer anderweitig veräußert wurden. Es handelt sich durchweg um Einrichtungsgegenstände, die junge Leute erworben hatten, aber einseitigen auf dem Lombardspeicher stehen ließen, weil sie noch keine Wohnung hatten. Ferner hat der Betrüger Sachen, die ihm zum Verkauf übergeben waren, versteigern lassen, den Erlös aber nicht an die Eigentümer abgeliefert. Die Geschäftsräume Friedländers sind von der Kriminalpolizei geschlossen worden.

Die Frau des verhafteten Lombardhausinhabers Bergmann ist am Freitag auf Antrag ihres Verteidigers aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung erfolgte, weil keine Verdunkelungsgefahr mehr bestehen soll.

## Sturm an der Ostseeküste.

Der seit Mittwoch über der Ostsee wütende Orkan hat bisher alle Maßnahmen zur Bergung des Donnerstags bei Scholpin gestrandeten Dampfers „Maria Theresia“ vereitelt. Die Besatzung des Schiffes ist außer Gefahr und befindet sich wohl auf. Zur Bergung hatten sich ein Danziger Schlepper und der Dampfer „Secadler“ aus Sahnitz bereit. Durch den Sturm, der zeitweilig Windstärke 10 erreichte, ist sowohl in Danzig, wie auf dem flachen Lande vielfach großer Schaden angerichtet worden. Nach Mitteilung des Observatoriums ist mit einer Änderung der Witterungslage vorläufig nicht zu rechnen.

## Das Straßenbahnunglück bei Diedenhofen.

Die Opfer des Zusammenstoßes zweier Straßenbahnzüge am Donnerstag in der Nähe von Diedenhofen sind fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen einer Sägemühle in Weimeringen. Nach den letzten Feststellungen beläuft sich die Zahl der Getöteten auf 18 und die der Schwerverletzten auf 4.

## Brand in einer kalifornischen Petroleumfiedlung.

In Long Beach (Kalifornien) wurde ein ganzes Stadtviertel, in dem sich eine Petroleumraffinerie befand, in den frühen Morgenstunden von einer Feuerbrunst heimgesucht. Sechs Bohrtürme wurden vollständig zerstört. Den bisherigen Meldungen zufolge sind sechs Personen ums Leben gekommen.

## Die Vernehmung des Polizeivizepräsidenten.

Am Freitag nachmittag wurde in dem Berliner Knabenmord-Prozess u. a. auch der Polizeivizepräsident Dr. Reich vernommen. Reich hat nach der Mordtat die Zeugin Hilde Scheller verhört und aus ihrem ganzen Verhalten den Eindruck gewonnen, daß sie — wie er vor Gericht feststellte — ein außerordentlich unglaubwürdiges Geschöpf ist. Hilde Scheller soll u. a. wenige Stunden nach der Mordtat, als sie von Reich verhört wurde, tänzelnd das Vernehmungszimmer betreten haben. Ueberhaupt soll sie nach den Aussagen von Reich vorgerichtet ein lächelndes und unheimliches Wesen an den Tag gelegt und sich mit einer Unbefangenheit benommen haben, die sie als vollkommen gefühllos kennzeichnet. Es ist zu erwarten, daß der Prozess Mitte der kommenden Woche sein Ende erreicht.

## Der Amokläufer von Kockstedt.

Bei einem von der Feuerwehr in Kockstedt bei Magdeburg veranstalteten Vergnügen geriet der 23-jährige Schäfer Bodendorf aus Kockstedt mit einem Feuerwehrmann in einen heftigen Streit. Der Vater des jungen Mannes wollte den Streit schlichten. Da sein Sohn sich ihm gegenüber aber ungebührlich betrug, gab er ihm ein paar Ohrfeigen. Wutentbrannt stürzte der junge Bodendorf nach Hause und bemächtigte sich eines Armeerevolveres, den er mit sechs Schuss lud. Dann stürzte er auf die Straße und fing an zu feuern. Dabei verletzte er ein junges Mädchen schwer an der Wade. Er ließ zu seiner Braut, feuerte drei Schüsse auf sie ab, die sie in Brust und Arm traf und schwer verletzte. Auch die zukünftigen Schwiegereltern

## Das neue Münchener Ledigenheim für Männer.



Die Küche, in welcher jeder Inhaber einen eigenen Gasherd hat und sich selbst sein Essen zubereiten kann.



# Der Rundfunk

## Kritik des Breslauer Senders

Das wichtigste Ereignis der letzten Woche war wohl der Versuch von Frau Walther Bisschhoff mit einem neuen Typ eines wirklich nur auf das Akustische eingestellten Hörspiels vor die Öffentlichkeit zu treten, eines Spiels, das nicht dem Theater, der Bühnenschauspielerei entlehnt und für den Rundfunk schlecht und recht jugesetzt war, wie man das bis jetzt fast stets gewohnt war, sondern ganz selbstständig aus den besonderen Möglichkeiten des Senders heraus den Hörer fesseln sollte. Es stellte eine Reihe von Bildern zusammen, die er in ihrer Gesamtheit als „Symphonie der Zeit“ wirken lassen wollte, als „hörbares Leben“. Der hier unternommene Versuch bedeutet sicherlich gegenüber dem, was man in den letzten Jahren hin und wieder unternommen hat, um dem Rundfunk eine eigene Gattung eines Hörspiels zu geben, einen gewissen Fortschritt. Mit ziemlichem Grauen erinnert man sich noch vielfach an die Anfänge des deutschen Rundfunks an eine Monotonie, die Hamburg unter furchtbarem Aufwand an Geld und technischer Sinnlosigkeit als „Hörspiel“ der erdredeten Welt offenbarte. Inzwischen hat man überall vieles dazu gelernt. Man hat eingesehen, daß Sparsamkeit der Mittel auch beim Senderspiel die höchste Wirkung nur erhöhen kann, aber man tappt immer noch unsicher genug hin und her, was die Aufführung eines preisgekrönten Senderspiels in Berlin vor einigen Wochen bewies, das zwar eine technisch ganz gelungene Hörbarmachung einer Schiffskatastrophe darstellte, aber mit dem Begriff des Hörspiels kaum etwas zu tun hatte. Bischoff nun gibt keiner Hör-Symphonie „Hallo! Hier Belle Erdball!“ eine übergeordnete Idee. Etwa so: Es gibt kein Geheimnis mehr zwischen Süd und Nord, zwischen Leben und Tod, Luft und Nord. Einer Totenfeier, die an Georg Kaiser erinnert, der schon vor etwa ein Dutzend Jahren die Allerbundenheit von Menschen und Ereignissen, dem großen Hergang der Geschehnisse, die uns alle etwas angehen, auf die Bühne brachte. Bei Bischoff kommt wohl noch keine spezifische Rundfunk-Idee hinzu, wie das Überbrücken von Zeit und Raum in zu paar Sekunden mit Hilfe des technischen Apparates.

Der Grundgedanke, auf dem die einzelnen Bilder sich dann wechselseitig abzeichnen, ist also nichts besonders Neues und nichts der Gattung Senderspiel besonders Eigenartiges. Dafür aber ist es in manchen Einzelheiten diesmal gelungen, an das heranzukommen, was gerade für solche Darbietungen durch den Rundfunk entscheidend sein muß. Es gelang hier und da wirklich gut, besonders in der aus Bruchstücken von Tuschoff gezeichneten zusammengefügten einseitigen Unterhaltung des Normalhörers völlig unabhängig von der Tradition und dem Mechanismus des Theaters dem Hörer Eindrücke zu vermitteln, die nicht der Hilfsmittel einer hinzuzudenkenden Kulisse, zu ergänzender Kostüme oder Bewegungen bedürften, die durchaus direkt waren und wirken mußten. In dieser Richtung wird nun noch weiter zu bauen sein. Man darf allerdings dabei nicht vergessen, daß das Senderspiel nicht nur in einzelnen Bildern, sondern in seiner Gesamtheit eine durchaus zwingende Entwicklung wird aufweisen müssen, wenn der Hörer von Anfang bis zu Ende in Atem gehalten werden soll. Auswählungen sind recht bequem für den Empfänger, aber der Abnehmer muß bei ihnen freis gewöhnt sein, das Nichtgehörte zurückzuhalten. Eine Symphonie aber muß an sich mehr sein, eine große Einheit, die auf und ab klingt, die zwar mehrere Ecken mit mehreren Höhenpunkten enthält, von denen jeder den anderen aber notwendig antreibt.

Die einzelnen Bilder hatten die beiden Regisseure Bischoff und Fuhs fast in der Hand. Die Sprecher waren gut gegeneinander abgestimmt, und das Ganze zeigte eine aus der langen ernüchterten Senderspielarbeit heraus entbundene Erfrischung und Disziplinierung, die zu dem unbestreitbaren Erfolg des Abends viel beitrug. In einem Erfolg, der zu der Hoffnung berechtigt, daß man auf dem hier begonnenen Wege recht bald noch weiter kommen wird.

## Der Bastler Das neue Senderecht.

Das bis zum Ablauf des vorigen Jahres auf dem Gebiete des Senderechts gültige Recht, die Bestimmungen zum Schutze des Senderechts vom 2. März 1924, ist am 1. Januar durch ein neues Reichsgesetz abgelöst worden. Zum ersten Male ist demnach in Deutschland der Begriff der Sendeanlage einwandfrei bestimmt worden. Sendeanlagen sind danach elektrische Sendeeinrichtungen, sowie elektrische Empfangseinrichtungen, bei denen die Übermittlung oder der Empfang von Nachrichten, Zeichen, Bildern oder Tönen ohne Verbindungslinien oder unter Verwendung elektrischer, an einem Leiter entlang gebrochener Schwingungen stattfinden kann.

Das neue Gesetz bringt die seit langem erzielte Regelung des Senderechts. Die Bestimmungen in der einschlägigen Reichsgesetzgebung über den Schutz des Senderechts sind durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes zu ergänzen. Diese Anlagen und die geschützten Reichs-Sendeanlagen unterliegen der Überwachung durch die Reichsbehörden. Die Reichsbehörden sind berechtigt, die Anlagen daraufhin zu prüfen, ob die Betriebsbedingungen eingehalten werden. Der Reichsbehörden ist im Einvernehmen mit dem Reichstag die für die Überwachung erforderliche Maßnahmen auszusetzen. Hinsichtlich der Öffentlichkeit und auch bei unter weichen Bedingungen die Best der Senderechts zu erfüllen kann. Allerdings gestattet das neue Gesetz der Reichsbehörden das nötige Senderecht hinsichtlich der Bestimmungen des Senderechts. Die Bestimmungen über die Überwachung der Senderechts sind ohne Verstoß mit den Bestimmungen der Reichsbehörden zu erfüllen. Hinsichtlich der Bestimmungen der Reichsbehörden sind die Bestimmungen der Reichsbehörden zu erfüllen.

Das neue Gesetz enthält auch eine Menge von Einzelbestimmungen. Die Bestimmungen gegenüber der bisher geltenden Senderechtsbestimmungen sind im wesentlichen die selben. Die Bestimmungen sind aber abgeändert, was notwendig ist, um den Bestimmungen des Gesetzes zu entsprechen. Hinsichtlich der Bestimmungen der Reichsbehörden sind die Bestimmungen der Reichsbehörden zu erfüllen. Hinsichtlich der Bestimmungen der Reichsbehörden sind die Bestimmungen der Reichsbehörden zu erfüllen. Hinsichtlich der Bestimmungen der Reichsbehörden sind die Bestimmungen der Reichsbehörden zu erfüllen.

Wer vorzüglich die Überwachung von Fernmeldeanlagen verhindert oder stark oder eine in Ausübung dieser Überwachung verlangte Auskunft nicht oder nicht richtig erteilt, hat ebenfalls Gefängnis- oder Geldstrafe zu erwarten. Auch hier ist der Versuch bereits strafbar. Abstrichbarkeit in dieser Hinsicht wird ausschließlich mit Geldstrafe geahndet und die Strafverfolgung tritt nur auf Anfordern der Reichsbehörden ein. Der § 17 des Gesetzes sieht die Bestrafung eines großen Unfalls ausschließlich mit Gefängnis vor. Wer vorzüglich ein solches mißbraucht, das für Sendeanlagen bei Not oder Gefahr in der Seefahrt (S.D.S.-Ruf), Binnenverkehrsfahrt, Luftfahrt oder bei Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs vorgegeben ist, wandert unweigerlich ins Gefängnis.

Gefängnis- oder Geldstrafe hat auch zu erwarten, wer die den Sendeanlagen vor öffentlichen Sendern ausgehenden, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Nachrichten nicht geheim hält. Diese Bestimmung bietet z. B. eine Handhabe zur Verfolgung der unberechtigten Auswertung von Presseartikeln der großen Nachrichtenbüros, die durch Rundfunk verbreitet werden. Sehr zu begrüßen ist endlich eine Strafbestimmung, die gegenüber Rückstörern und anderen Störern des Funkempfangs angewandt werden kann. Nach § 19 des Gesetzes wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bedacht, wer mit der Absicht, den Betrieb einer Sendeanlage zu verhindern oder zu stören, elektrische Arbeit verwendet oder für die Anlage bestimmte elektrische Arbeit einrichtet. Hier ist der Versuch nicht strafbar, nur die vollendete Handlung. Die Verfolgung tritt aber auch nur auf Antrag zurückgenommen werden.

Die Polizei erhält das ausdrückliche Recht, Räume, in denen sie Fernmeldeanlagen vermutet, zu durchsuchen. Das kann sogar zur Nachtzeit geschehen. Beamte der Post können bei solchen Durchsuchungen hinzugezogen werden. — Damit sind die wichtigsten Bestimmungen, die auf den Betrieb von Sendeanlagen Bezug haben, gekennzeichnet. Man darf nur den Rundfunk ausüben, daß diese Bestimmungen niemals in kleinlicher Weise mißachtet werden. Befolgung von Nebenbestimmungen wird in vielen Fällen wirksamer sein als ihre Befolgung.

## Sportfreunde hören im 6 Tage-Rennen

durch meine überaus billigen Detektoranlagen mit Kopfhörer oder im Panna-Flächen-Lautsprecher, absolut klanglein 0,50 Mk. noch besser eine Ideal-Blitzpunkt-Lautsprecher-Anlage auf Teilzahlung. Heilmann Deuschlein, Breslau 1, Messergasse 6. Mitglied des Arbeiter-Radio-Bundes.

## Störungen während der Darbietungen sind widerwärtig. Ihre ausschließliche Beseitigung erfordert genaue Kenntnisse des Radios. Die Kenntnisse vermittelt Dir das Buch: Alle Radioliteratur in den Voikswacht-Buchhandlungen

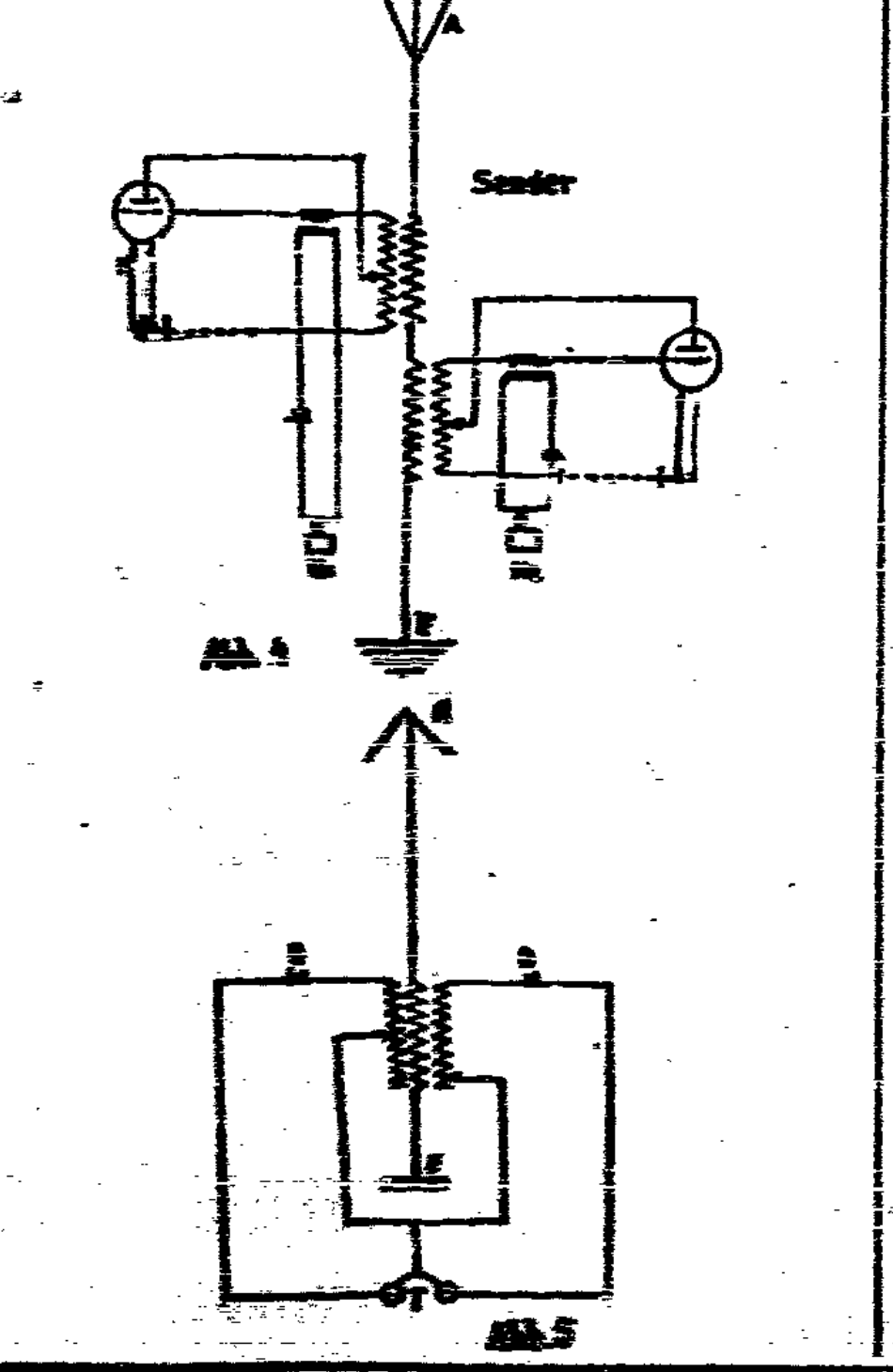
Neue Grasparstraße 5 und Neue Taschenstraße 11 Nicht Vorhandenes wird sofort besorgt.

## Zonplastit im Rundfunk.

(Schluß.)

Während dieser Erfahrung für die Radiotechnik ist sehr leicht. Allerdings müssen zwei Sender (Schaltung 4) betrieben werden, beispielsweise der eine mit 400 Meter und der andere mit 1000 Meter Wellenlänge. Natürlich gehören wie üblich 5 Meter auch zwei Empfänger dazu, die aber wiederum mit einer Antenne betrieben zu werden brauchen. Am praktischsten und einwandfreiesten kann man nun mit Kopfhörern arbeiten, da hiermit die Gefahr gänzlich ist, daß jedes Ohr tatsächlich nur das hört, was ihm zukommt.

Schwieriger ist das Mischen der beiden mit Lautsprechern. Hier muß die Entfernung der beiden Lautsprecher gleich der der beiden Antennenempfänger sein, wobei auch das Verhältnis der Entfernung der Mikrophone zum Zonplastit (bei Senderspielen) bekannt sein muß. Der Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V. wird veranlassen, für diesen Zweck die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zu veranlassen, den Zeichner Sender für seine Parallelschaltungen durch ein besonderes Mikrophon fernern zu lassen, so daß der Sender dem linken und der Zeichner dem rechten Ohr entspricht.



## Das Programm der Woche

**Samstag, 12. Febr. 9.15:** Glockengeläut der Christuskirche. • 11: Evangelium Morgenfeier. Witw.: Gerda Specht (Soprano). • 12: Kirchengesang. • 13: Singkreis. • 14: Kirchengesang. • 15: Kirchengesang. • 16: Kirchengesang. • 17: Kirchengesang. • 18: Kirchengesang. • 19: Kirchengesang. • 20: Kirchengesang. • 21: Kirchengesang. • 22: Kirchengesang. • 23: Kirchengesang.

**Montag, 13. Febr. 16.30:** Stunde des Landwirts. • 17: Landwirt. • 18: Landwirt. • 19: Landwirt. • 20: Landwirt. • 21: Landwirt. • 22: Landwirt. • 23: Landwirt.

**Dienstag, 14. Febr. 15.45:** Der Kinder Winterfreuden. • 16.30: Italien. • 17.30: Italien. • 18.30: Italien. • 19.30: Italien. • 20.30: Italien. • 21.30: Italien. • 22.30: Italien.

**Mittwoch, 15. Febr. 15.45:** 3. Klepper: Stunde mit Bildern. • 16.30: Funfkapelle. • 17.30: Funfkapelle. • 18.30: Funfkapelle. • 19.30: Funfkapelle. • 20.30: Funfkapelle. • 21.30: Funfkapelle. • 22.30: Funfkapelle.

**Donnerstag, 16. Febr. 16.30:** Konzert. • 17.30: Konzert. • 18.30: Konzert. • 19.30: Konzert. • 20.30: Konzert. • 21.30: Konzert. • 22.30: Konzert.

**Freitag, 17. Febr. 16:** Konzert. • 17.30: Konzert. • 18.30: Konzert. • 19.30: Konzert. • 20.30: Konzert. • 21.30: Konzert. • 22.30: Konzert.

**Sonntag, 18. Febr. 15.45:** Aus Sächsisch. • 16.15: Aus Sächsisch. • 16.45: Aus Sächsisch. • 17.15: Aus Sächsisch. • 17.45: Aus Sächsisch. • 18.15: Aus Sächsisch. • 18.45: Aus Sächsisch. • 19.15: Aus Sächsisch. • 19.45: Aus Sächsisch. • 20.15: Aus Sächsisch. • 20.45: Aus Sächsisch. • 21.15: Aus Sächsisch. • 21.45: Aus Sächsisch. • 22.15: Aus Sächsisch. • 22.45: Aus Sächsisch.

**ULTRA-RÖHREN**  
geschwändeln den besten Empfang dieses Programms. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.  
Gesamterzeugung für Schöner: 1937  
Sergius v. Teubnerhoff, Breslau, Waldstraße 29.  
Mitglied des Reichsverbandes Deutscher Radiobauer.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!



**Stadtheater**  
(Opernhaus)  
Sonnabend,  
bis 22.45 Uhr  
„Lohengrin“  
Sonntag,  
15.30 u. n. 18 Uhr:  
Vorstellung „Zar u. Zimmermann“  
Sonntag, 4.12  
20. abg. 22.30 Uhr:  
„Rigoletto“  
Montag  
19.30 u. nach 22.30:  
13. Abonn.-Vorstell.  
Serie D  
„Zigoras Hochzeit“

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 36308  
Sonnabend, 20 Uhr:  
Zum ersten Male  
„Der Zarewitsch“  
Wulf von Franz Lehár.  
Sonntag nachm. 15.15 Uhr  
„Das Dreimäderlhaus“  
Sonntag und täglich  
20 Uhr:  
„Der Zarewitsch“

**Lobe-Theater.**  
Tel. Ring 6774.  
Täglich 20 Uhr  
„Trommellieder“  
Ein Heldenstück  
von Alfred Döblin  
deutsch von  
Alfred Wolfenstein  
Sonntag, 15.30 Uhr:  
Zu kleinen Breiten  
„Zwölftausend“  
Schausp. v. Bruno Zant

**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6700.  
Täglich 20 Uhr  
„Das Kamel geht  
durch das Nadelöhr“  
Schausp. v. Frankel Wagner  
Sonntag, 15.30 Uhr  
Jugendvorstellung  
„Das Kamel geht  
durch das Nadelöhr“

**Circus Busch**  
Schaus-Arena  
Beginn d. Endkämpfe  
Heute ringen:  
3 Entscheidungen  
Griech.-Römischer  
Kamion-Abrenn  
Samson-  
Stolzenwald

**Verein für Geschichte Südes.**  
Montag, den 13. Februar, 8 Uhr abends, Universitäts-Hörsaal  
**III. Vortrag**  
Privatdozent Dr. Epstein: Apollon v. Löwenstern u. das  
echte Geistesleben im 1640. Gäste willkommen.

**Kaffeestunde**  
der Breslauer Hausfrau im Zeichen des Karnevals  
Dienstag, den 14. Februar, nachm. 3 Uhr  
**Im Schießwerder**  
**Musik + Humor + Tanz**  
Mitwirkende:  
Eise Nitsch, Käthe Habel-Reimers, Maria Scotti,  
Isabella Brosi, Erna Pöhlner, Ivo Wimmer,  
Alfons Fink, Alfred Habel, Harry Förster  
Zum Schluß:  
**Kostümprobe zu Charleys Tante**  
Schwank in 1 Akt  
**Hauswirtschaftliche Ausstellung**  
Näheres Anschlagzettel  
Karten: 1.50 u. 1.00 Mk. (Nichtabonnenten 50 Pf.  
Zuschlag) Geschäftsstelle der Breslauer Hausfrau,  
Oblauer Straße 65. 4526

**Ulrich's Feste, Klein-Mochbern** Inhaber  
A. Heilscher  
Sonntag, den 12. Februar:  
**Oeffentlicher Tanz**  
Anfang 4 Uhr.  
Niesen-Eisbeine.  
Voranzeige! Gr. humoristisch. Bockfest  
Sonntag, 16. Februar: Verlosung eines Ziegenbocks.  
Es ladet ein Der Wirt.

**Conditorei, Café Fabian**  
Angenehmer Familienaufenthalt!  
Waldenhot

**Jahrhunderthalle**  
**6 Tage-**  
**Rennen**  
Von Freitag, 17. bis  
Donnerstag, 23. Februar  
mit den Mannschaften

van Kempen, Holland	Knappe, Breslau
Girardengo, Italien	Rieger, Breslau
Wambst, Frankreich	Laquehay, Frankreich
Suter, Schweiz	Richtli, Schweiz
Dewolf, Belgien	Stokeynck, Belgien
Binda, Italien	Tietz, Berlin
Grimm, Amerika	Junge, Breslau
Linari, Italien	Seiffert, Leipzig
Tonani, Italien	Frach, Breslau
Kroll, Berlin	Miothe, Berlin
Mürtgen, Köln	Rausch, Köln
Ehmer, Berlin	Kroschel, Berlin
Krollmann, Breslau	Skupinski, Breslau

Gültigkeit der Eintrittskarten:  
Tageskarten von mittags 13 Uhr bis 17.15 Uhr  
Abendkarten von abends 18 Uhr bis morgens 6 Uhr

**2 Kapellen Kapellhäuser**  
Innenraum:  
Vorverkauf siehe Plakate 11586

**Liebig-Theater**  
Täglich 20 Uhr:  
**Otto Reutter**  
**Gantler's**  
**Hundentheater**  
in seiner Pantomime:  
„Die last. Mauer“  
und 8 Varieté-Sterne  
Morgen Sonntag  
2 X 24, 3 Uhr und  
31, 5 Uhr: Famil.- u.  
Kind.-Vorst., d. gr.  
Prog. z klein. Preis.

**Buchhandlung**  
**Volkswacht**  
Modernes Antiquariat  
Breslau 3. St. Graubaukt

**Zum Karneval nach München**  
vom 17. bis 22. Februar, mit dem  
**billigen Sonderzug**  
Fahrpreis 4. Klasse ab Breslau-Hbf nur 35.90 Mk.  
Billige Gelegenheit zum Besuch  
der bayrischen Wintersportplätze.  
Näheres aus Bahnhofsaushängen  
und Anschlägen ersichtlich 4582  
**Reichsbahndirektion Breslau.**

**Gewerkschaftshaus**  
Jeden Sonntag und Dienstag:  
**Freikonzert**  
Dienstag: 2141  
**Schweinschlachten**  
Sonnabend: Eisbeine  
Täglich: Reichhaltige  
Mittags- und Abendkarte.

**Gesellschaftshaus Baudach**  
Frankfurter Straße 117/19 4573  
Jeden Sonntag und Dienstag, nachm. 4 Uhr:  
**Die beliebten heiteren Nachmittage**  
mit stets wechselndem Programm.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Zentral-Ballsäle**  
Westendstraße 50/52 416  
Straßenbahn-Linie 1, 21 und 4. Telefon 016 1712.  
Nacht-Sonntag: **Großer Maskenball.**  
Morgen  
Sonntag: **Großer Tanz.**

**Gerichtshreischam Maria-Hölchen**  
Sonnabend, den 11., Sonntag, den 12. Februar  
**Gr. Bockbierfest**  
Sonntag, ab 4 Uhr. Humoristische Einlagen  
der berühmte Humorist und  
Stegbrüchler ist engagiert.  
Voranzettel Sonnabend, den 18. Februar:  
**Großer Maskenball**  
veranstaltet vom Arbeiter-Athletenverein Maria-Hölchen.  
Um gütigen Zuspruch bitten  
Das Komitee. 4503 O. Preis und Frau.

**Zur Einlegung**

elegante und praktische  
**Konfirmations-Kleider**  
aus unseren eigenen Ateliers

Nr. 1 Strickjacke aus reiner Wolle, Kragen mit Wollpelz garniert	10 <sup>50</sup>
Nr. 2 Einsegnungskleid weiß Woll: mit reicher Stickerei und Faltenrock	13 <sup>50</sup>
Nr. 3 Samtkleid aus gutem floriesten Körpersamt mit reicher Stickerei	22 <sup>00</sup>
Nr. 4 Einsegnungskleid aus gutem Ripspopeline, sehr apart verarbeitet	18 <sup>50</sup>
Nr. 5 Wollripskleid entzückende Form m. Quetschfalten-Plissee-Rock	22 <sup>00</sup>
Nr. 6 Crêpe de Chine-Kleid solide Qualität, neueste Form mit Seiten- garatur, Motiv-Stickerei	32 <sup>00</sup>

In unserer **Kleiderstoff-Ecke**

Ripspopeline 130 cm breit, reine Wolle.....	4 <sup>50</sup>	Crêpe de Chine gute solide Qualität, 100 cm breit:	5 <sup>50</sup>
Samt 70 cm breit, gute tief- schwarze, florieste Körperware...	4 <sup>50</sup>	Eolienne mit feiner Rippe.....	4 <sup>00</sup>

**Centawer**  
G. M. B. H. Breslau 1 Schmiedebrücke 7-10

**Gewerkschaftshaus**  
großer Saal  
Sonntag, den 12. Februar 1928  
Großer  
**Masken-Ball**  
maskiert und unmaskiert  
veranstaltet von der  
Freien Turnerschaft Breslau-Zimpel  
Prämierung der 2 schönst. Damen-, sowie d. originellsten  
Herrenmaske. Jubel und Trubel!  
Einlaß 4 Uhr Anfang 5 Uhr Ende??  
Eintrittspreis pro Person 1.- Mk. einsch. Steuer.  
Um gütigen Zuspruch bitten Der Festausschuß

**„Metropol“, Rosenthal**  
Bes.: Josef Schlegel Tel.: R. 6178  
Haut  
Sonnabend: **Großer Maskenball**  
veranstaltet vom Gesangsverein „Bruderhand“.  
Morgen  
Sonntag: **Gr. öffentl. Touren-Tanz**  
— Eintritt frei! — 4525

**Linschlamm?**  
**Zopf-Eiswachtel-Fragen!**  
Kupferschloßstraße 26  
Anruf: Ring 8982. 4515

Warum lesen die tauende  
**Arbeiter-Rundfunk-Teilnehmer**  
nicht ihre eigene Rundfunk-Zeitung.

**„Der neue Rundfunk“**  
Jungzeitung des schaffenden Volkes mit Gast-  
meister u. Mitteilungen des N.-R.-R. Preis 25 Pf.  
Enthält alle Programme des In- und Auslandes.  
Jeden Freitag neu.  
**Volkswachtbuchhandlungen, Breslau.**  
Neue Graupenstraße 5. Neue Tschentzstraße 11.

**Berücksichtigt unsere Inferenten!**

**Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“**  
Lab.: Hermann Witthe. Telefon: 6197.  
Breslau 16, Am Zimpeler Weg  
(5 Minuten von der Straßenbahnlinie 1).  
Angenehm, Aufenthalt, für Familien bes. geeignet.  
Gute Verpflegung. Ausschank von Haase Bier.  
Sonnabend, **Faschingsvergnügen** vom 7.-8.  
d. 18. Febr.: **Faschingsvergnügen** „Vorwärts“.

**Menkner's Feste, Morgenau.**  
Tel. Obie 2254. 4509 Linie 4.  
Sonnabend,  
11. Februar **Groß. Maskenball**  
veranstaltet vom M. G. V. „Krone“  
„Die Kaiserin bei Köhler“  
Sonntag: **Tanz.**

**Engwichts Etabl., Schmiedefeld**  
5 Minuten von der Endstation der Linie 6. 4521  
Straßenbahnverkehr bis 12.30 Uhr nachts.  
Jeden  
Sonntag: **Gr. Schleifen- u. Touren-Tanz**  
NB. Der neugemalte Saal ist zu  
Vereinsfestlichkeiten noch zu vergeben.  
14 Amerikaner gute Küche 14

**Genosse Dr. Willy Cohn**  
**D** spricht im Rundfunk  
über **Bebel's Leben**  
Wir empfehlen Ihnen aus diesem Anlaß die  
wertvollen belehrenden Schriften von Dr. Cohn:  
**Hug. Bebel**  
ein Bild aus seinem Leben 90 Pf.  
**Jr. Engels, Lebensbild** 90 Pf.  
**Ferdinand Lassalle, Lebensbild** 50 Pf.  
**Karl Marx, Lebensbild** 60 Pf.  
**Robert Owen, Lebensbild** 70 Pf.  
In haben in den  
**Volkswachtbuchhandlungen + Breslau**  
Neue Graupenstraße 7 — Neue Tschentzstraße 11

**Proletarier!**  
Spezialanruf: Lese die  
Weltgeschichte der  
Arbeiterbewegung  
des Proletariats  
erschaffen und verändert wird

**Verlangen Sie überall Namslauer Bier**





DER Verkauf, auf den auch Sie sicherlich gewartet haben!

Montag, den 13. Februar  
früh 8 Uhr

beginnt er, und was er diesmal bringt, ist geradezu fabelhaft!

„Wühlen und wählen!“

Hier können Sie's nach Herzenslust, und - bei diesen Preisen - für wenig Geld vieles und wertvolles heimbringen.

Es lohnt sich, früh zu kommen!

# REKLE!

Reste von Baumwollwaren  
Reste von Schürzenstoffen  
Reste von Inletts und Züchen  
Reste von Kleiderstoffen  
Reste von Seidenstoffen  
Reste von Wäschestickereien  
Reste von Spitzen und Besätzen  
Reste von Gardinen, Vorhangstoffen  
Angestaubte Damen- u. Kinderwäsche!

Ca. 10000  
Batt-Taschentücher  
teils durch Dekoration angestaubt

Stück **9** Pf

Ca. 1000 Stück farbige  
karierte Tischdecken  
mit kaum merklichen Fehlstellen

83/83cm 90/110cm 110/110cm  
**58 78 98** Pf

# LINDEMANN & CO AG

BRESLAU · OHLAUER STRASSE 71-73

## Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen  
Breslau I

Einlösung zur Zeichnung auf einen Teilbetrag von

**GM. 3 000 000.-**

**8% Goldpfandbriefe Emission XIV**

nicht rückzahlbar vor dem 1. Juli 1953

mit Januar/Juli-Zinsen

Abschnitte zu GM. 5000.-, 2000.-, 1000.-, 500.- und 100.-

zum **Vorzugskurse von 97 3/4 %**

(anzwärtiger Kurs 98 1/2 %)

Zeichnungen können bei sämtlichen Banken, Sparkassen, öffentlichen

Spar- und Girokassen und bei der unterzeichneten Bank

**bis zum 3. März 1928 einschl.**

erfolgen. Früherer Zeichnungsschluss vorbehalten.

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank

Nosch Dr. Müch.

## Billige Lebensmittel

erhalten Sie bei  
**H. Jähner, Adolfsstraße Nr. 2**

Erhalten Sie, bitte, das

ihnen zugesagte Angebot!

**Kommen! Sehen! Staunen!**

**Kinderwagen**  
Peppewagen  
Inhaltlich billig  
Klappwagen, Kinderbetten  
Kisten- und Leinwand-  
Verbindungen etc.  
alle Ersatzteile, Räder, Reparaturen  
**Jonas, Friedrich-Wilhelm-Strasse 17.**

**Zufereate** erhalten in unserer Zeitung  
- bei größter Erleichterung!

**Druckerei Volkswacht**  
Schnell, gedruckte und andere  
Kartons aller Größen  
passend mit bei jeder Zeitung  
**Breslau 2, Finkstraße 4/6.**

Die „Frauenwelt“ den Frauen  
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“  
eine Halbmonatsschrift für die Frau  
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
Zu bestellen bei allen Zeitungsausbringern.

**Adamynin**  
in allen Apotheken erhältlich  
Carl Meyer, Hildesheim 3

## Räumungs-Ausverkauf

Wir haben mit unserem  
begonnen. Jeder staunt über die enorm billigen Preise, da wir **schnell und**  
**radikal räumen müssen.**

Alles andere sagen Ihnen unsere Schaufenster-Anlagen

**Koussens Bach & Bladmarm**  
Breslau 23, Nordoststraße 16

MIT  
**PERSIL**  
gepflegte  
farbige Unterkleidung-

ein schöner Anblick  
aber zugleich eine Notwendigkeit in gesundheitlicher Hinsicht. Das Waschen solcher Wäsche ist sehr einfach. Leichtes Durchziehen in schwach-warmer Persillauge und gutes Spülen in ebenfalls schwachwarmem Wasser verbürgt eine gründliche und vollkommene Reinigung.

**Persil bleibt Persil!**







